

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends
Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpfennige Zeile.
Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brep.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 8.
Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Nach den Reichstagswahlen.

Die große Wahlschlacht liegt hinter uns. Das Kabinett der Barone hatte sich nicht dem Reichstag vorgestellt. Nach den Wünschen der Nationalsozialisten wurde der Reichstag aufgelöst und eine neue Wahl ausgeschrieben, damit „der politische Wille des deutschen Volkes“ zum Ausdruck komme. Das deutsche Volk hat nunmehr gesprochen.

Das Resultat der Wahl ist folgendes: Die Sozialdemokraten erhielten 133 Mandate gegen 136 im alten Reichstag, die NSDAP. wurde mit 230 Mandaten zur stärksten Partei. Sie gewann 129 Mandate. Die Kommunisten hatten einen Gewinn von 11 Mandaten und ziehen mit 89 Abgeordneten in den Reichstag ein. Die Fraktionsstärke des Zentrums beträgt hinfert 76 gegen 69 im alten Reichstag. Die Deutschnationalen gingen von 42 auf 37 Mandate zurück. Die Deutsche Volkspartei behält von 27 Mandaten 8 und die Staatspartei von 16 Mandaten 4. Von den übrigen Parteien ist noch die Bayerische Volkspartei zu nennen, die mit 22 gegen 19 Mandaten in den Reichstag einzieht. Insgesamt besteht der neue Reichstag aus 607 Abgeordneten gegen 577 bisher. Abgegeben wurden 36 845 279 Stimmen. Davon erhielten die Nationalsozialisten 13,7 Millionen oder 37,3 v. H., die Sozialdemokraten 7 951 245 oder 21,6 v. H., die Kommunisten 5 278 000 oder 14,3 v. H., das Zentrum 4 586 501 oder 12,5 v. H., die Deutschnationalen 2 172 941 oder 5,8 v. H. und die Bayerische Volkspartei 1 190 453 oder 3,3 v. H. Die übrigen Parteien wurden bedeutungslos.

Die gegenwärtig am Ruder befindliche Regierung hat keine Mehrheit erhalten. Günstigenfalls könnte sie 283 Stimmen für sich in Anspruch nehmen, denen eine Mehrheit von 324 Stimmen gegenübersteht. So ist die Sachlage. Die Nationalsozialisten sind, man mag es beklagen oder nicht, die stärkste Partei geworden. Die zügellose Agitation, der blutige Terror der uniformierten Banden und die faustdicken Lügen haben ihre Wirkung auf die unwissenden Bevölkerungsschichten nicht verfehlt. Trotz alledem kann man die Feststellung machen, daß die nationalsozialistische Sturmflut zum Stehen gekommen ist. Gegenüber den letzten Landtagswahlen fand nur hier und da eine Vermehrung, aber in wichtigen Wahlkreisen eine Verminderung statt.

Im In- und Auslande wird die Frage aufgeworfen: Woher stammen die 13,7 Millionen nationalsozialistischer Wähler? Geben wir von der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 aus, so dürfte nachstehende Schlussfolgerung richtig sein: Die Nazis haben seit Mai 1928 ihre Stimmzahl um 13 Millionen vermehrt. Davon dürften

3 Millionen aus der Partei der Nichtwähler stammen. Etwa die gleiche Zahl sind Jungwähler, und der Rest in Höhe von 7 Millionen ist den übrigen Parteien entzogen worden oder besteht aus aufgesammelten Splittersimmen. Der Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien außerhalb des Zentrums gibt einen Fingerzeig, wo die ehemaligen Wähler dieser Parteien geblieben sind. Der Einbruch in die sogenannte „marxistische Front“ ist auch jetzt mißlungen. Im Endergebnis erweist sich, daß seit den Wahlen von 1928, die für die SPD. einen Höhepunkt bedeuteten, die marxistische Front nach wie vor uneingebuchtet dasteht. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten brachten bei der Reichstagswahl 1928 12,4 Millionen Stimmen auf; jetzt sind es annähernd 13,3 Millionen. Da von den Wählern der SPD. und der KPD. von 1928 noch etwa 11,6 Millionen leben, ist der Zuwachs von 1,7 Millionen bedeutungsvoll. Als Endergebnis ist festzustellen, daß die Hitlerpartei bestimmt der SPD. und vielleicht auch den Kommunisten keine Altwähler abgenommen hat. Die Eiserner Front steht. Eine systematische Aufklärungsarbeit wird sie noch wesentlich verstärken. Die bürgerlichen Mittelparteien sind nur noch in kleinen Restgruppen vorhanden. Im Reichstag wagt hinfert der Kampf zwischen den vier großen Parteien: Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten und Zentrum einschließlich Bayerische Volkspartei.

Wir bezweifeln, daß dieser Reichstag sehr arbeitsfähig sein wird. Die beiden Parteien, die von der Krise am meisten profitierten, Nationalsozialisten und Kommunisten, besitzen die Mehrheit. Sie können, wie es beispielsweise im Preussischen Landtag geschah, von sich aus bestimmte Beschlüsse herbeiführen. Daß aber dieses Gespann nicht dauernd zusammengekoppelt werden kann, dürfte feststehen. Ohne Zutritt des Zentrums ist eine parlamentarische Regierung nicht möglich. Die gegenwärtige Regierung hängt also nach wie vor in der Luft. Es wird an Bemühungen der Herren Papen und Schleicher nicht fehlen, eine Verbindung zwischen den Nazis und dem Zentrum herzustellen. Bei der nicht geringen Feindschaft, die zwischen diesen beiden Parteien besteht, dürfte dies kein leichtes Unternehmen sein. Die Nationalsozialisten stehen jetzt vor der Entscheidung, sich entweder in eine Koalition mit dem Zentrum zu begeben oder weitere unruhigere Demonstrationspolitik zu machen. Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökeln kann. Das gilt auch für die Nazis. Die nationalsozialistischen Wähler erwarten nunmehr, daß ihre Partei die Dinge in Deutschland entscheidend verändert. Da keine Aussicht vorhanden ist, daß dies der Hitlerpartei auf parla-

mentarischem und gesetzlichem Wege gelingt, dürfte sie auf ihrem Höhepunkt angelangt sein.

Jedenfalls ist im neuen Reichstag eine Mehrheit dafür vorhanden, alle Maßnahmen der Papen-Regierung aufzuheben, wenn die betreffenden Parteien zu dem stehen, was sie im Wahlkampf ihren Wählern versprochen haben. Dies gilt vor allem der Hungernotverordnung, die die Papen-Regierung im Juni erlassen hat. Die Nationalsozialisten werden vor die unerbittliche Frage gestellt, ob sie jetzt Farbe bekennen wollen. Auch die Kommunisten werden zu zeigen haben, wie sie zu den Maßnahmen gegen die alte Preussenregierung stehen. Kurzum, es wird recht bald kein Hin- und Herschwanken mehr geben können, sondern es muß zu klaren Entscheidungen kommen.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich, das darf man ohne weiteres sagen, glänzend geschlagen. Einen zügellosen Ansturm von Lüge und Verleumdung von rechts und links mußte sie über sich ergehen lassen. Trotzdem vermochte sie gegenüber den Landtagswahlen ihre Stimmzahl um Hunderttausende zu vermehren. Nun ist es ihre Aufgabe, der neuen Volksvertretung praktische Vorschläge zur Milderung und Behebung dieser furchtbaren Krise zu unterbreiten. Die SPD. wird als Anwalt des arbeitenden Volkes gesetzgeberische Maßnahmen vorschlagen, um die Lage der Arbeitslosen, der Rentner, der Kurzarbeiter usw. zu erleichtern. Sie wird Vorschläge machen, wie die gefährdete Sozialversicherung gerettet werden kann, kurzum, sie wird die neuen Volksvertreter zur klaren Verantwortung zwingen. Fundiert auf feststehende Tatsachen wird sie die schwankenden Gestalten in die Jänge nehmen, damit sie ihre Stellungnahme nicht verleugnen können.

Wir wissen, daß die SPD. ihre Schuldigkeit in dieser Beziehung tun wird. Uns anderen aber erwächst die unabweisliche Pflicht, außerhalb des Parlaments den Kampf gegen Dummheit, Lüge und Verleumdung weiterzuführen. Die Organisation der Arbeitermassen, die durch diese Krise schwankend geworden sind, ist die unbedingte Voraussetzung für die Besserung der zukünftigen Lage. Einmal muß die Krise ein Ende nehmen, und darum gilt es wieder, systematische Organisationsarbeit zu leisten und die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Die letzten Wahlkämpfe in Deutschland waren ein Präfix für den brüderlichen Zusammenhalt der Hand- und Kopfarbeiter. Selbst der blutige Terror hat die Eiserner Front nicht zum Wanken gebracht. Diese Schicksalsgemeinschaft zu einem dauernden festen Bestandteil der Arbeiterbewegung zu machen, ist die nächste Aufgabe.

Gustav Faust

25 Jahre Zahlstellenkassierer.

Gustav Faust wurde am 14. August 1874 in Magdeburg geboren. Sein Vater war Eisenbahnarbeiter und erhielt den jämmerlichen Tagelohn von 1,80 Mk. Davon mußte die fünfköpfige Familie ihr Leben fristen. Hunger, Kummer und Sorge waren daher bei ihr ständige Gäste. Als Gustav Faust kaum vier Jahre alt war, starb sein Vater. Not und Elend wurden nun noch größer. Aber die Mutter verzagte nicht, sondern nahm den Kampf ums Dasein auf. Um die hungrigen Mäuler ihrer drei Kinder zu stopfen, arbeitete sie vom Morgengrauen bis in die sinkende Nacht als landwirtschaftliche Arbeiterin und als Wäscherin. Während ihrer Abwesenheit vom Hause waren ihre Kleinen sich meistens allein überlassen, denn für Kinderaufsicht und -pflege fehlte das Geld. Abgehärtet und todmüde heimkehrend, von den Sehnsuchtsrufen der Verlassenen begrüßt, mußte die Mutter noch schnell die nötigsten Haushaltsarbeiten verrichten, und erst dann konnte das karge Mahl gemeinsam eingenommen werden. So etwas wirkt selbst auf ein Kindesgemüt. Schon vom achten Lebensjahre an war der schwächliche Gustav deshalb bemüht, durch Feldarbeiten und Hofgänge sein Brot selbst zu verdienen.

Gustav Faust besuchte die Volksschule in Magdeburg und erlernte dann die Porzellanmalerei. Aus gesundheitlichen Gründen gab er den erlernten Beruf jedoch bald auf. Im Alter von 19 Jahren ging er auf die Wanderschaft, arbeitete in Bremen, Hamburg und Braunschweig als ungelerner Fabrikarbeiter in verschiedenen Industrien. 1898 kehrte er nach Magdeburg zurück. Die frühen Erfahrungen einer freudlosen Jugend und seine von einem starken Zukunftsglauben getragene Erkenntnis, daß eine Rettung aus der Not und der Ungerechtigkeit der herrschenden sozialen Zustände nur durch die Verwirklichung des Sozialismus möglich ist, bahnten ihm frühzeitig den Weg zur Sozialdemokratischen Partei und zum Verband der Fabrikarbeiter. In der Partei stand er in den vordersten Reihen als Obmann und Bezirks-

leiter. Im Verband war er einer der rührigsten und besten Funktionäre. Das Vertrauen seiner Arbeitskollegen, für deren Interessen er stets eintrat, zu ihm zeigte sich in seiner Wahl zum Arbeiterauschuhvorsitzenden. Außerdem war er Vertrauensmann und viele Jahre Hilfskassierer. Seit 1905 gehörte er auch der Ortsverwaltung als Mitglied an.



Die günstige Entwicklung der Mitgliederbewegung der Verwaltungsstelle Magdeburg erforderte zugleich auch die Anstellung eines hauptamtlichen Kassierers. Ein entsprechender Antrag der Ortsverwaltung fand einstimmige Annahme in der Generalversammlung am 5. Mai 1907. Von den zur engeren Wahl zugelassenen Bewerbern wählte dann die Generalversammlung vom 4. August 1907 den Kollegen Gustav Faust mit großer Mehrheit zum Zahlstellenkassierer. Sein Amtsantritt erfolgte am 15. August 1907.

25 Jahre sind nun seit diesem Tage verstrichen. Im großen Weltgeschehen und für die Menschen im allgemeinen bedeutete ein Zeitraum von 25 Jahren nur eine kleine Zeitspanne. Für den einzelnen Menschen, der ununterbrochen arbeitet und schafft, der durch das Vertrauen anderer auf

verantwortungsvollen Posten gestellt wird, dem Ehrlichkeit und treue Pflichterfüllung stets Leitmotiv waren, ist es jedoch ein großer, bedeutungsvoller Zeitabschnitt. Besonders denkwürdig und ehrenvoll ist er aber für den, der im Dienste einer Arbeiterorganisation wirkte.

25 Jahre Zahlstellenkassierer! Welches außergewöhnliche Maß von mühevoller Arbeit, Verantwortung, Menschenkenntnis, Sorge und Enttäuschung mit dieser Tätigkeit verbunden ist, kann nur derjenige ermessen, der den inneren Verwaltungsdienst der Organisation kennt. Weder die Papierhaufen der Inflation noch der metallische Klang des Silbers vermochten Gustav Faust zu imponieren. Arbeits-eifrig, treu und redlich hat er sein Amt als Kassenwart verwaltet. Seine Kassen- und Buchführung ist mustergültig. Keine der in vielen Jahren vorgenommenen Revisionen gab jemals Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen. Seine Kassenführung hat viel dazu beigetragen, daß die Zahlstelle Magdeburg trotz der anhaltenden schweren Krise mit ihren organisationshemmenden Begleitererscheinungen finanziell noch gut fundiert ist. Für seine 25 Jahre lange treue Arbeit entbieten wir ihm heute unseren Dank und unsere Anerkennung. Zugleich begrüßen wir ihn als aufrichtigen, guten Kameraden und Mitarbeiter.

Wir gratulieren dem Jubilar zu seinem Ehrentage und wünschen, daß er mit der gleichen Rüstigkeit und geistigen Frische, die ihn bisher auszeichnete, auch für die fernere Zeit sein wichtiges Amt noch recht lange zum Wohle unseres Verbandes ausüben möge.

Kampf den faschistischen Bürgerkriegs-Geckern!

In der Nacht und am Tage nach der Reichstagswahl hat in vielen Orten eine kleine Vorprobe zur „Nacht der langen Messer“ stattgefunden. Verbeulte und irregelmäßig Volksgenossen sind in die Wohnungen friedlicher Bürger gedrungen, haben wehrlose Menschen beiderlei Geschlechts brutal nieder-

geschlagen oder niedergeschossen, nur darum, weil diese politisch eine andere Gesinnung hatten. Nur darum? Nein, nicht nur darum! Sondern weil den politisch unreifen, meist selbst in materieller Not lebenden braunen Parteilobaten so oft die Gelegenheit zur blutigen Rache an den Marxisten verheißen wurde, die angeblich an allem Elend, auch an dem der SA-Leute, schuld sein sollten, daß die so oft Enttäuschten nach dem gewaltigen Emporschneilen der nationalsozialistischen Mandatszahl nun endlich den großen Moment gekommen glaubten, in dem sie ihr Mäuschen an den verhassten Marxisten kühlen konnten. Und so drangen sie mit entfehliger Kalkschneidigkeit in die Wohnungen friedlicher Bürger, schossen Wehrlose nieder, warfen Bomben in die Häuser sozialdemokratischer und kommunistischer Zeitungen oder Organisationen, überfielen ahnungslose Passanten auf den Straßen und brachten eine Unsumme von Jammer und Schmerzen in viele Familien, kurz, sie eröffneten den „frisch-fröhlichen Krieg“ im eigenen Lande, den Bürgerkrieg.

Dieses kleine Vorspiel zur nationalsozialistischen Bartholomäusnacht zeigt mit fürchterlicher Deutlichkeit, welche Schrecken dem deutschen Volke sicher sind, wenn der braunen Armee vollkommen die Herrschaft über den republikanisch denkenden Teil des deutschen Volkes eingeräumt wird. Denn es wird nicht bei „einigen zehntausend marxistischen Funktionären“ bleiben, sondern die gesamte Arbeiterschaft würde in die schlimmste wirtschaftliche und politische Sklaverei gebracht werden. Das ist es ja gerade, was die Geldgeber der Nationalsozialisten haben wollen: eine vollständig recht- und schuldlose Arbeiterschaft. Die neuesten Terrorereignisse zeigen aber auch, wie recht die Arbeiterschaft hatte, als sie sich geschlossen gegen die Aufhebung des Uniformverbots wandte.

Schuld an den blutigen Vorfällen in Königsberg, in Schleswig-Holstein, in Schlesien sind aber noch mehr als die blinden Werkzeuge die intellektuellen Urheber dieser neuesten Gewalttaten, die Leute, die monatelang, jahrelang vom Köpfe rollen, vom Aufhängen, von der Nacht der langen Messer gesprochen und jene Atmosphäre von Blutdurst und Mordgier geschaffen haben, in der es den Verführten und Verheßten schließlich als eine verdienstvolle Tat erscheinen mußte, einen Marxisten zu „killen“. Die Verantwortung und die Blutschuld dieser Leute ist ins Ungeheure gewachsen. Sie werden sich ihr nicht entziehen können.

Die Reichsregierung, die doch „sonst so tapfer schmälen“ konnte, wenn in Severings Ministerzeit politische Zusammenstöße stattfanden, wird wenig Freude an den nationalsozialistischen Bundesgenossen haben. Deren Forderungen auf die Besetzung der einflussreichsten Stellen im Reiche und in den Ländern, besonders in Preußen, werden immer kühner und immer dringender. Und sie würden diese Stellen immer und überall im Sinne ihrer monarchistisch-hawvinsischen und industriell-reaktionären Auftraggeber verwalteten, das heißt stets gegen die Arbeiterschaft. Daher kann unsere Parole nur immer wieder sein: Kampf gegen den Faschismus und seine Bürgerkriegsapparat, die Deutschland in ein Meer von Blut und Tränen färzen und die Arbeiterschaft auf ewig versklaven wollen!

Unternehmerschundliteratur.

Tralala, der Silbermann ist da. Ihr Kindlein müßt recht artig sein, dann kriegt ihr soeben Silberlein, tralala, der Silbermann ist da.

Mit den lächerlichsten Mitteln suchen manche Unternehmer den Lohn zu drücken und nachzuweisen, daß der Lohn das größte Übel in der Welt ist und daß die Arbeiterschaft nur dann glücklich werden kann, wenn sie mit den niedrigsten Löhnen zufrieden ist, diemeil die Herren die Gewinne vergrößern.

Zwei geradezu idiotenhafte ausgestattete Silberbücher liegen vor mir, die von verschiedenen Firmen unter die Arbeiterschaft verteilt wurden zu dem Zwecke, den Vorteil niedriger Löhne nachzuweisen. Das eine wurde von den Arbeitgebern der Salinenindustrie Mittelddeutschlands verbreitet und trägt die Überschrift: „Warum arbeitslos?“ Das andere mit dem Titel: „Ohne Profit rächt kein Schornstein“ hat die Firma Röhm u. Haas, A. G., in Darmstadt an ihre Arbeiterschaft verteilt. Hier wird sogar in demagogischer Weise ein Auspruch Bebel's für schlechte Zwecke mißbraucht.

Der Inhalt dieser Silberbücher ist so naiv wie der Kinderreim an der Spitze dieser Betrachtung, und er ist so dümmlich, daß jeder einigermaßen intelligente Arbeiter, jede Arbeiterin ohne Nähe den Schwundel durchschauen kann.

In dem einen Buch hat der Unternehmerschreiber in einem Diagramm den Anteil des Lohnes an den Produktionskosten mit 55,7 Prozent dargestellt. Er hätte ruhig 100 Prozent sagen können, denn schließlich setzt sich die gesamte Produktion aus Tätigkeit zusammen, die entlohnt werden muß. Der Anteil der Lohnquote an den Produktionskosten besagt übrigens gar nichts. Er kann in einem Betrieb z. B. 2 Prozent betragen, im anderen 90 Prozent. Es kommt doch jeweils auf das Verhältnis des konstanten zum variablen Kapital an, da „Betriebe stecken“.

In dem Silberbuch der Firma Röhm u. Haas ist in Verbindung mit einem Bild ein Zitat aus einer NSDAP-Schrift in ganz hinterhältiger Weise mißbraucht. Es heißt da:

Wir werden Lohnsenkungen erzwingen; denn Lohnsenkungen stellen einen wichtigen Antrieb zur Rationalisierung dar. (Denkschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“, 1926, S. 23.)

So erzwingen seit 1926 diejenigen die Rationalisierung, von denen sie heute bekämpft wird.

Diese demagogische Zusammenstellung eigener Sätze des Silberbuchverfassers mit einem Zitat aus der genannten Denkschrift mag also den Eindruck erwecken, als habe der NSDAP die Rationalisierung erzwingen. Das sind ja recht laubere Paraphrasen. Als ob nicht allgemein der Standpunkt des NSDAP zur Frage der Rationalisierung bekannt wäre, nämlich, daß er sie nicht hinderte, weil sie sich zwangsläufig

vollzieht. Außerdem forderte der NSDAP. Erhöhung der Kaufkraft, um die erhöhte Produktion vom Markte zu bringen. Die Unternehmer taten das Gegenteil, sie zerschlugen die Kaufkraft und tun es noch, und damit zerschlugen sie den Kapitalismus selbst.

Mit diesen zwei Beispielen von Demagogie und jämmerlicher volkswirtschaftlicher Stümperei aus den Silberbüchern der Unternehmer wollen wir es gut sein lassen.

Glücklicherweise gibt es auch Unternehmer, die es unter ihrer Würde halten, so erbärmliche Schundliteratur an erwachsene Menschen zu verbreiten.

Neuer Vorstoß gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Beginnender Abbau des Schlichtungswesens.

Die Regierung Papen schreitet auf ihrem reaktionären Wege rührig weiter fort. Nach dem Gewaltstreik gegen die preußische Regierung Braun-Severing und nach dem Abbau vieler hoher Beamten mit sozialdemokratischer und republikanischer Gesinnung unternimmt die von Hitler tolerierte Reichsregierung nun einen direkten Vorstoß gegen das Schlichtungswesen. Denn anders kann man es nicht auffassen, wenn dem sozialdemokratischen Schlichter für Berlin-Brandenburg, Rudolf Wissell, vom Reichsarbeitsministerium ohne jede Begründung zum 1. September gekündigt wurde. Sachlich und fachlich ist gegen die Geschäftsführung Wissells nicht das geringste einzuwenden gewesen. Seine außerordentlichen Sachkenntnisse und die tadellos korrekte Wahrnehmung seiner Pflichten als Schlichter für Berlin und Brandenburg wurden selbst von den Unternehmern anerkannt. Allerdings wurde Genosse Wissell von den Scharfmachern unter den Arbeitgebern stets sehr heftig bekämpft. Das war aber schließlich kein Wunder bei dem sozialen Gefühl, das sich bei dem sozialdemokratischen Schlichter auch dann nicht verleugnete, wenn er für die Arbeiterschaft unangenehme Entscheidungen treffen mußte.

Diese neue Tat des Reichsarbeitsministers liegt durchaus in der Linie des angekündigten Kampfes gegen den „Wohlfahrtsstaat“, und nach ihr kann die Arbeiterschaft ermessen, welche Segnungen die Regierung des Herrn v. Papen noch für die Arbeiterklasse in der Absicht hat.

Jeder dritte deutsche Arbeiter arbeitslos!

Bereits Anfang Juli ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder gestiegen. Für den Sozialpolitiker erhebt sich deshalb die Frage, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in Zukunft gestalten soll. Wenn schon in einer Zeit, in der noch eine kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten müßte, das Gegenteil zu verzeichnen ist, so sieht es zweifellos sehr traurig aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt Betrachtungen über die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes an. Auf Grund genauen Materials glaubt diese Forschungsstelle, daß sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit monatlich um 100 000 bis 110 000 Arbeitskräfte vermehrt. Der Durchschnitt des ganzen Kalenderjahres 1932 würde mithin nicht sehr viel von einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 6 Millionen entfernt sein. Im Rechnungsjahr 1932/33, d. h. vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933, wird sich die durchschnittliche Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 6 1/2 Millionen bewegen. Das würde beagen, daß jeder dritte oder vierte Arbeiter und Angestellte damit ohne Arbeit und ohne ursprüngliches Einkommen sein wird. Daneben gibt es noch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Die feststehende Arbeitslosigkeit wird durch die Zahlungen der Arbeitsämter ermittelt. Andererseits gibt es noch Arbeitslose, die von keiner statistischen Stelle erfasst sind, weil sie keine Unterfertigung beziehen oder sonst nicht kontrolliert werden. Diese unsichtbare Reservearmee wird vom Konjunkturforschungsinstitut auf 1 bis 2 Millionen geschätzt. Wir werden also im kommenden Winter mit einer Arbeitslosigkeit von 7 bis 8 Millionen zu rechnen haben. Jeder zweite oder dritte Arbeiter und Angestellte wird im Rechnungsjahr 1931/32 ohne Beschäftigung sein. Das furchtbare Elend der Gegenwart wird also keine Linderung, sondern noch eine Verstärkung erfahren.

Was kostet die Wirtschaftskrise?

In den internationalen Konferenzen wird um die Milliarden oder Millionen Mark oder Dollar gefeilscht, die als Reparations- oder Kriegsschulden oder als Zinsen für Auslandsschulden jährlich gezahlt werden sollen, und es wird darüber nur allzu leicht vergessen, daß die Wirtschaftskrise einem jeden Land das Vielfache der Summen kostet, um die es sich bei diesen Streitfragen handelt. Um mir die drei größten Industrieländer zu erwähnen, ging das jährliche Volkseinkommen Englands 1931 gegenüber 1929 um 800 Millionen Pfund Sterling (16 Milliarden Mark), das Volkseinkommen der Vereinigten Staaten um mehr als 20 Milliarden Dollar (84 Milliarden Mark), das Volkseinkommen Deutschlands um 30-35 Milliarden Mark zurück. Die Erleichterung der Weltwirtschaftskrise durch die Lösung jener schwebenden Probleme würde das Vielfache der Summen, um die auf den internationalen Konferenzen gekämpft wird, einem jeden der beteiligten Länder — gleicherweise den Gläubiger wie den Schuldnerländern — einbringen.

Schleichender Hungertod im „Wohlfahrtsstaat“.

In Berlin fand kürzlich ein Vortrag des dirigierenden Arztes vom Hufeland-Hospital, Dr. Felix Voenheim, statt, der sich mit der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes be-

schäftigte. Aus dem von diesem Redner vorgebrachten Material möchten wir folgende Fälle herausgreifen, welche deutlich zeigen, wie die Krise die Gesundheit des deutschen Volkes vernichtet: Eine Rundfrage bei den Krankenhäusern ergab, daß sehr viele Patienten in einem Zustand bedenklicher Unterernährung aufgenommen werden. So wurde z. B. bei einer Patientin bei der Entlassung ein Körpergewicht von 24 Kilogramm festgestellt. Infolge zureichender Ernährung erreicht sie in kurzer Zeit das Gewicht von 42 Kilogramm. In den Kinderkliniken der Universität in Heidelberg und Marburg wurden die gesundheitlichen Schäden bei Kleinkindern auf den Mangel ausreichender Obst- und Gemüseernährung zurückgeführt. In den Großstädten mußte festgestellt werden, daß Kinder im Wachstumsalter nicht einmal genügend Brot erhalten. Bei 10 000 untersuchten Kindern ergab sich ein Zurückbleiben von der normalen Wachstumsgröße um 5 Zentimeter. Bei Kontrollen der Ernährungsweise der Haushaltungen hat sich für Berlin ergeben, daß nicht nur die Arbeitslosenfamilien, sondern die Familien noch beschäftigter Arbeiter zu 80 v. H. die als wissenschaftlich für notwendig erachteten Nahrungsmittel weder der Art noch der Qualität nach zu erstehen in der Lage sind. Die Behauptung, welche Schichten der Bevölkerung ernährten sich heute besser als vor dem Kriege, ist völlig grundlos. Die amtlichen Statistiken kennen zwar die Rubrik „Hungertod“ nicht, trotzdem gibt es sehr viele Menschen, deren Tod darauf zurückzuführen ist, daß sie „schleichend verhungern“, die unmittelbare Todesursache ist dann freilich „Herzschlag“. Unheilvoll wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Krankenhausbehandlung aus. Aus Mangel an Mitteln sind viele Krankenhäuser unbesetzt, müssen sogar geschlossen werden. Bezüglich der Länge der Krankenhausbehandlung zeigt die Statistik, daß aufgenommene Selbstzahler im Durchschnitt 16,9, Krankenhausmitglieder 26,4 und Wohlfahrtspatienten 30,9 Tage im Krankenhaus verweilen. Dies liegt daran, weil die Selbstzahler in der Regel durch zulängliche Ernährung und bessere Lebensweise so gestärkt sind, daß die Genesung schneller durchgeführt werden kann. Die sozial-pathologischen Auswirkungen der Lebenslagen der Bevölkerung sind mannigfaltig: die Selbstmordziffer steigt, die Wohnungsnot — sehr häufig liegen drei Kinder in einem Bett oder zusammen mit Erwachsenen — zeitig greuliche Sitten. Die Kinderprostitution und die Geschlechtskrankheiten unter den Kindern nehmen zu, der Alkoholismus steigt. . . .

Das sind nur wenige Beispiele aus dem Vortrage von Dr. Voenheim. Wenn auch die Folgen der Unterernährung mit denen des Krieges vergleichbar sind, so aber nicht deren Ursachen. Dazumal herrschte Mangel, jetzt aber zum Teil Überfluß. Die Verelendung des deutschen Volkes ist die Folge der wirtschaftlichen und politischen Krise.

Der NSDAP. im Jahre 1931.

Der von der „Gewerkschaftszeitung“, Nr. 31, veröffentlichte Bericht über das Jahr 1931 zeigt, daß auch das furchtbare Krisenjahr 1931 mit seinen alles zerstörenden Begleiterscheinungen die Front der freien Gewerkschaften nicht erschüttern konnte: „Die freien Gewerkschaften stehen, wenn auch mit vermindelter Kampferfähigkeit, so doch mit ungeschwächter innerer Kraft bereit, um auch unter den schwierigsten Umständen ihre Aufgabe zu erfüllen.“

Über die Bewegung der Mitgliederzahlen heißt es in dem Bericht: „Die dem NSDAP. angeschlossenen Zentralverbände, deren Zahl durch den am 1. Juli 1931 vollzogenen Anschluß des Zentralverbandes der Dachdecker an den Deutschen Baugewerksbund von 31 auf 30 zurückging, umfaßten Ende 1931 immer noch 4 134 902 Mitglieder; darunter 570 836 weibliche und 170 854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1930 (4 716 569) mit 581 667 beträgt 12,3 v. H.“

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922 auf 1924, in der Zeit des Zusammenbruchs der Währung und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliederzahl von 7,8 Millionen auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und härteren Krise eingetretene Verlust gering. Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften verbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 4 und 4,9 Millionen bewegte, können als die Kerntruppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stießen, die Jahren jedoch schnell verließen, als sie erkannten, daß die wirtschaftliche Macht in jedem Kampf erobert werden muß. Jener Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften, aller maßlosen Not zum Trotz, erhalten geblieben; denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im NSDAP. mit 4 134 902 noch höher als Ende 1924 mit 4 023 867 — und sogar beträchtlich höher als Ende 1926 mit 3 932 035. Das heißt: das alte Kräftezentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der gegenwärtigen großen Krise unerschütterlich.“

Die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände gestalteten sich wie folgt: „Mit Ausnahme des Verbandes der Schornsteinfeger, der noch eine geringe Zunahme von 135 Mitgliedern zu verzeichnen hat, ging die Mitgliederzahl in allen Verbänden mehr oder weniger stark zurück. Im Jahresdurchschnitt beträgt der Gesamtmitgliederbestand — mit 4 117 852 — 403 980 Mitglieder oder 8,4 v. H. weniger als im Jahre 1930.“

Die Gesamteinnahmen sind mit 184 306 211 RM. um 47 349 093 Reichsmark und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 RM. um 25 561 313 RM. niedriger als im Vorjahr.

Mit Ausnahme der Einnahmen aus Extrabeiträgen und den sonstigen Einnahmen gingen alle anderen, besonders die aus den regulären Beiträgen, stark zurück. Der Rückgang der Beiträge beläuft sich insgesamt auf 50 981 778 RM. und zeigt so recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltspläne der Gewerkschaften. Höchste Anerkennung verdient das Opfer der noch in Arbeit stehenden Mitglieder durch Leistung von Extrabeiträgen zur Unterfertigung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen. Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufgebrauchte Summe 4 458 732 RM. und ist um 2 358 684 RM. höher als 1930. Die Gesamteinnahmen je Mitglied beziffern sich auf 41,72 RM., sie gingen gegenüber dem Vorjahr um 6,32 RM. zurück. Die Gesamtausgaben sind mit 215 621 078 RM. um 31,3 Millionen Reichsmark höher als die Gesamteinnahmen. Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben (51 v. H.) entfiel auf Unterfertigungen.

Obwohl einige Verbände gezwungen waren, die Unterfertigungsätze oder die Unterfertigungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat zu balancieren, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsführung in Not geratenen Mitglieder die achtunggebietende Summe von 109 888 848 RM. an Unterfertigungen anzuzubringen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist schon allein diese praktische Hilfe, wie anheimelnd das Gehliff von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist.

Papier-Industrie

Zurück zum Jahre 1900!

Die Nationalsozialisten wollen die deutschen Arbeiterlöhne auf den Stand des Jahres 1900 zurückschrauben. Dabei bleibt es dann nicht. Dazu gehört — wie die Schale zum Ei — der damalige Unternehmertyp. Es erscheint deshalb angebracht, an einen Ausschnitt aus dem Lebenslaufe von Generaldirektor Albert Holz zu erinnern, der seit 1899 bis vor wenigen Jahren an der Spitze der Ammendorfer Papierfabrik, AG., stand und heute deren Aufsichtsrat angehört.

In den Nachkriegsjahren finden wir Generaldirektor Holz in der mitteldeutschen Gruppe des Arbeitgeberverbandes. Nicht immer war Generaldirektor Holz „gewerkschaftsfreundlich“. Manchen harten Strauß hatte unsere Organisation in der Vorkriegszeit mit ihm auszufechten. Die gelben Werkvereine wurden damals vom Verein deutscher Papierfabrikanten — unter der Leitung des Generalsekretärs D i k e s — recht lebhaft gefördert; die freien Gewerkschaften aber ebenso entschieden bekämpft.

Zu diesen Bekämpfern gehörte damals auch Generaldirektor Holz. Wir bitten, den nachstehenden Anschlag der Ammendorfer Papierfabrik vom 26. Februar 1912 zu beachten:

„In diesem Jahre erfüllen wieder eine größere Anzahl Personen ihre 12jährige bzw. 50jährige Tätigkeit in der Ammendorfer Papierfabrik, für die wir seinerzeit bei guter, einwandfreier Führung eine Gratifikation in Form eines Sparkassenbuches mit 100 bzw. 50 Mark Einlage in Aussicht gestellt haben.“

Die „einwandfreie Führung“ wurde nun nicht etwa in guter Arbeitsleistung erblickt, sondern in einwandfreier Unternehmerfrömmigkeit. Da ein Teil der Arbeiter zu wenig „kapitalgläubig“ war, fährt der Anschlag fort:

„Nach den Vorgängen in den letzten Tagen ist es wohl selbstverständlich und jedem einleuchtend, daß wir diese Vergünstigungen unter keinen Umständen denjenigen Personen zuteil werden lassen, welche Organisationen angehören, die jedes Unternehmen als Feind und Ausbeutungsobjekt betrachten.“

Die Sparbüchlein über 50 oder 100 Mark sollten also die „Judassüberlinge“ sein, wofür die Arbeiter ihr Koalitionsrecht um ein „Linsengericht“ an den Unternehmer verkaufen sollten. Ja, man ging noch weiter, veröffentlichte die Namen der organisierten Arbeiter und forderte sie auf, wenn sie Anspruch auf diese „Judasprämie“ erheben wollten, „im Kontrast auf Wahrheit und Ehre durch Unterschrift zu erklären, daß sie der Organisation nicht angehört und nicht beitreten werden.“

Derartige Verzichtserklärungen der Arbeiter auf das Koalitionsrecht wurden wiederholt gefordert. Kein Wunder, daß Generaldirektor Holz bei der organisierten Arbeiterschaft in keinem besonders „hohem Ansehen“ stand und daß deshalb Zusammenstöße mit seiner Arbeiterschaft nicht immer zu vermeiden waren.

Übrigens scheint in dieser Beziehung Generaldirektor Holz schon in seinen jungen Jahren ein Draufgänger gewesen zu sein. Der „Papierfabrikant“ bringt zum Jubiläum der 50jährigen Berufstätigkeit des Herrn Holz folgendes Vorkommnis in Erinnerung:

„Nach Beendigung seiner Militärzeit beim Leib-Grenadier-Regiment Nr. 100 in Dresden nahm er eine Stellung als erster Werkführer in Korndal-Mölnbals Act. Bolag. bei Gothenburg an, wo am 15. Januar 1891 ein schwerer Überfall von Arbeitern auf ihn ausgeführt wurde und er sich nur durch kräftige Gegenwehr retten konnte.“

Die heutigen Hitlergenossen und Stahlhelmlitbranten, die früheren Gelben, waren nach der Revolution „treue“ Anhänger der KPD, und jubelten in den Inflationsjahren dem kommunistischen Räuberhauptmann Max Hö lz zu. Diese jeweiligen Stützen des Kapitalismus und der „revolutionären Reaktion“ waren es auch, die Generaldirektor Holz zu schaffen machten. Der „Papierfabrikant“ berichtet darüber folgendes:

„Beim Generalfest und Kapp-Putsch 1920 wurde er meuchlings von einem Kohlenarbeiter angeschossen, er erhielt einen schweren Wundschuß, an dem er sehr lange Zeit im Krankenhaus in Merseburg gelegen hat. 1921 feierte der Hölzliche Kommunistenaufstand ein. Beim Rückzug der Kommunisten vom Mansfelder Seekreis in den Saalkreis wurde die Wohnung unseres Jubilars geplündert, die Familie geriet in schwere Gefahr. Generaldirektor Holz verlegte damals seinen Wohnsitz nach Niederlöbnitz bei Dresden.“

Wir haben diese „revolutionäre Taktik“ stets verurteilt. Generaldirektor Holz aber hat zu seinem jetzigen Berufsjubiläum die Genugtuung, daß diese „revolutionären Rowdys“ der Nachkriegszeit zum größten Teile heute wieder gelb geworden sind, nicht mehr H ä l m a n n, sondern Hitler

oder Selbste nachlaufen, daß sie heute wieder „Kämpfer gegen die freien Gewerkschaften“ geworden sind und daß sie wie in der Vorkriegszeit wiederum wie räudige Hunde gehorft die Brosamen aus der Hand der Unternehmer fressen. G. Stähler.

Einführung der 40-Stunden-Woche in Italien?

Nach dem Nachrichtenblatt des Italienischen Korporations-Ministeriums von Juni 1932 fand in der ersten Hälfte dieses Monats in Rom unter dem Vorsitz Mussolinis die Generalversammlung des nationalen Rates der Korporationen (Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) statt, in der u. a. auch die sofortige Prüfung der Einführung einer gesetzlichen 40-Stunden-Arbeitswoche zur Behebung der Arbeitslosigkeit beantragt wurde. Die 40-Stunden-Woche soll nicht nur in den Verwaltungen des Staates und der Kommunen, sondern auch in sämtlichen industriellen Unternehmungen durchgeführt werden.

Besprochen wurde auch die Notwendigkeit einer internationalen Einführung der 40-Stunden-Woche.

Die Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß Überstunden und Feiertagsarbeit auf das Mindestmaß eingeschränkt werden, das zur Aufrechterhaltung der Produktion und des Verbrauches gerechtfertigt werden kann.

Während im faschistischen Italien unter dem Druck der Not ganz ernsthaft die Frage der 40-Stunden-Arbeitswoche erwogen wird, verläßt und verhöhnt das deutsche Unternehmertum die gleichen Forderungen der freien Gewerkschaften, scheut sich nicht, Regierungen zu stützen und für den Faschismus einzutreten, mit dem Ziele der Vernichtung jeder sozialen Regelung der Arbeitsbedingungen und um durch unbeschränkte Arbeitszeit und Arbeitslohnindikat die unbeschränkte Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiterklasse wieder zu erhalten. Die deutschen Unternehmer wollen also den italienischen Faschismus aus seinen ersten Anfängen nachahmen, als er noch nichts gelernt hatte und noch ebenso dumm war wie unsere Nazisten. G. Stähler

Was ist Marxismus?

„Wollen wir bei diesem schönen und treffenden Bild bleiben: der Marxismus ist die von Marx geschmiedete wirksame Waffe im Befreiungskampf des Proletariats. Dann ist es unsere Aufgabe, die Eigenschaften dieser Waffe und ihren Gebrauch kennen zu lernen . . .“

So heißt es in der neuen sozialdemokratischen Schrift „Was ist Marxismus?“ Sie ist, wie selten eine, geeignet, die „Eigenschaften dieser Waffe Marxismus kennenzulernen“. Die Volksbuchhandlung hat diese Broschüre zum Preis von 10 Pf. vorzätig.

Verschiedene Industrien

Markthandel mit Kunstblumen.

Im Herbst 1929 hat die Stadt Frankfurt am Main durch eine Verordnung des Siedlungsamts, Abt. Gartenbau und Friedhofswesen, den Verkauf von Wachs- und Kränzblumen auf und vor den Friedhöfen verboten. Die interessierten Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer haben sich seinerzeit gegen das Vorgehen der Stadt Frankfurt am Main gewandt mit dem Erfolg, daß andere Städte dem Vorgehen der Stadt Frankfurt am Main nicht folgten.

Man konnte seinerzeit die Hoffnung mitnehmen, daß dem Verkauf von Kunstblumen auf Märkten usw. kein Hindernis mehr bereitet würde, zumal sich die Spitzenverbände mit dem Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber dahin geeinigt hatten, daß gegen den Verkauf nichts mehr unternommen werden sollte. Dieser Verband hat aber mittlerweile alles getan, um den Verkauf von Kunstblumen auf Märkten usw. zu unterbinden. Er hat sich bei seinem Vorgehen des § 66, Abs. 2 G.O. bedient. Kammergerichtsurteile auf Grund dieses Paragraphen wurden erwirkt. Der Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber hat über die Urteile des Kammergerichts folgendes veröffentlicht:

„Der jahrelange Kampf um die Auslegung des § 66 der G.O. ist zugunsten der Blumengeschäftsinhaber entschieden durch ein Urteil des Kammergerichts vom 18. Mai 1931, in dem klargestellt wurde, daß Kränze nur dann auf Wochenmärkten verkauft werden dürfen, wenn sie von dem Verkäufer aus selbst erzeugtem Material hergestellt sind. Daraus konnte man schon folgern, daß Kränze mit künstlichen Blumen nicht zum Marktvorkauf zugelassen sind. Nun hat aber das Kammergericht in einem neuen Urteil vom 8. Oktober 1931 mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erklärt, daß der Verkauf von Kränzen mit Papierblumen auf dem Markte selbst dann nicht erlaubt ist, wenn der Gärtner, der sie herstellt, die Papierblumen in eigenem Betrieb erzeugt, d. h. Kränze mit künstlichen Blumen sind grundsätzlich vom Marktverkehr ausgeschlossen, ohne daß — wie es bisher nach dem

preussischen Ministererlaß im März 1928 der Fall war — erst geprüft zu werden braucht, ob der Kranz ganz oder in der Hauptsache aus künstlichem Material besteht.“

Auf Grund der Urteile des Kammergerichts versuchte der Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber überall in deutschen Städten und Marktflecken das Verkaufsverbot künstlicher Blumen auf Märkten usw. durchzusetzen. Ein Kleinkrieg zwischen den Hersteller- und Handelsorganisationen der Kunstblumenindustrie und dem Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber begann und hat heute sein Ende noch nicht erreicht. Überall, wo bekannt wird, daß eine Stadt oder ein Marktflecken in Deutschland den Verkauf von künstlichen Blumen u. dgl. auf Märkten usw. verbietet oder den Verkauf noch nicht eingeführt hat, werden von den Erzeugerorganisationen und den Arbeitnehmern dementsprechende Anträge für Zulassung des Verkaufs gestellt. Zur Förderung dieses Vorgehens hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe am 28. Dezember 1931 an die ihm unterstellten Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin nachstehend wiedergegebenes Rundschreiben erlassen:

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe. Berlin, 28. Dezember 1931.

Meine Erlasse vom 23. und 31. Oktober 1931, IIIb 3495 und 3682 Kt., sind von den Polizeibehörden vielfach dahin ausgelegt worden, daß dadurch der Handel mit Kränzen, die nicht aus selbstgewonnenen Erzeugnissen hergestellt worden sind, auf den Wochenmärkten gänzlich untersagt sei. Ich habe bereits in beiden Erläuterungen hingewiesen, daß eine von beiden mitgeteilten Gerichtsentscheidungen abweichende Regelung auf Grund des § 66 Abs. 2 der G.O. herbeigeführt werden kann, und mache darauf aufmerksam, daß heimische Industriezweige darunter leiden würden, wenn der Verkauf von Kränzen, die nicht aus selbstgewonnenem Material gefertigt sind, nun auf allen Wochenmärkten, auf denen ein solcher Verkauf bisher üblich war, untersagt würde. (Unterschrift.)

Mittlerweile sind eine Reihe Besprechungen und Verhandlungen mit Staatsstellen, Handelskammern und den interessierten Verbänden untereinander gewesen. Dabei wurde festgestellt, daß das Rundschreiben des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 28. Dezember 1931 jedenfalls den notwendigen Erfolg nicht gezeitigt hat. Auf erneute Vorstellung beim preussischen Handelsminister hat dieser im Verfolg der verschiedenen Eingaben und Verhandlungen am 8. Juli 1932 unter I IIIb 2032 Kt. II 7467 Kt. an die ihm unterstellten Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin nachstehend wiedergegebenes Rundschreiben gerichtet:

„Die sächsischen Industrie- und Handelskammern führen lebhafte Klagen darüber, daß der Markthandel mit Kränzen aus künstlichem Pflanzenmaterial in zahlreichen Orten, wo er bisher üblich war, infolge meiner Erlasse vom 1. März 1928 — III 1340 —, 23. Oktober 1931 — IIIb 3495 — und 31. Oktober 1931 — IIIb 3682 — untersagt worden sei und daß dadurch die sächsische Kunstblumenindustrie erheblich geschädigt werde. Ich habe bereits in dem Erlasse vom 28. Dezember 1931 — IIIb 4305 — darauf hingewiesen, daß heimische Industriezweige darunter leiden würden, wenn der Verkauf von Kränzen, die nicht aus selbstgewonnenem Material gefertigt sind, auf allen Wochenmärkten, auf denen ein solcher Verkauf bisher üblich war, verboten würde. Da von der Möglichkeit, auf Grund des § 66 Abs. 2 der Gewerbeordnung eine von den Gerichtsentscheidungen abweichende Regelung zu treffen, anscheinend bisher nur selten Gebrauch gemacht worden ist, ersuche ich Sie, nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß auf Grund dieser Vorschrift der Verkauf von Kränzen auf Wochenmärkten möglichst in dem früher üblich gewesenen Umfang weiterhin zugelassen wird.“

Auch im Interesse der Beschäftigten in der Kunstblumenindustrie wäre es wünschenswert, wenn nunmehr das Rundschreiben des preussischen Handelsministers vom 8. Juli d. J. den notwendigen Erfolg hätte. In einer Zeit, wo der Absatz nach dem Auslande wie im Inlande durch die Wirtschaftsnof im allgemeinen stark gedrosselt ist, darf dem Vorgehen des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber nicht Rechnung getragen werden, weil das erhöhte Arbeitslosigkeit in der Kunstblumenindustrie zur Folge haben müßte.

S. Eiflein.

Frauenfragen.

Der internationale Muttertag.

In der sozialpolitischen Gesetzgebung nimmt der Schutz der arbeitenden Frau einen besonderen Platz ein, denn nicht nur als Arbeitnehmerin gebührt der arbeitenden Frau der Schutz der Gesetzgebung. Die besondere gesellschaftliche Aufgabe der Arbeiterin als Frau und Mutter erfordert darüber hinaus einen wirksamen Sondererschutz.

Im Rahmen dieser Gesetzgebung sind die Bestimmungen über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft von besonderer Bedeutung. Erst eine weitestgehende Beschränkung der Beschäftigung und eine angemessene Pflege der schwangeren Frau in den Wochen vor und nach der Niederkunft kann die übrige

Das Buch als Persönlichkeit.

Welcher Bücherleser erinnert sich nicht des beglückenden Erlebnis der Bekanntheit mit einem Buch, die mehr war als eine oberflächliche Zufallsbekanntheit, die war, als ob man einen wertvollen Menschen kennengelernt habe, zu dem man immer wieder gern zu vertrauter Zwiegespräche zurückkehrt.

Wie Bücher auf Menschen wirken können, das wird in köstlicher Weise in der Vorrede zu einem alten Werk geschildert, zur 2. Auflage des Brockhaus'schen Konversations-Lexikons, dem längst verschollenen Vorgänger des „Großen Brockhaus“ aus dem Jahre 1812. Es heißt da in der umständlichen und doch so zierlich-eleganten Schreibweise des beginnenden Wiedermeiers: „Jedes neue Buch steht bei seinem Eintritt in die Leserschaft in dem Verhältnis einer Person, welche zuerst in einen gesellschaftlichen Verkehr tritt . . . Der neue Roman tritt auf wie ein neuer Stutzer, der Almanach wie ein Liebhaber, die Satire wie eine Kaffeeschwester, die Grammatik wie eine Gouvernante, das Journal wie ein Courier und das Konversationslexikon wie ein von gelehrten Reisen und Studien zurückkehrender Polyhistor . . . Sieht man da die Bücher nicht lebhaft vor sich (besonders köstlich die als Kaffeeschwester verkleidete Satire!), wie sie sich in einer der schönsten und gespreizten Wiedermeiergesellschaften in geistreichender „Konversation“ ergehen, und wie das Konversationslexikon dabei — so heißt es in der erwähnten Vorrede weiter — „schlicht, doch anständig gekleidet, schweigend dasteht und wartet, bis man Auskunft über das und jenes abfordert“. Und was konnte es der damaligen Gesellschaft alles geben? „Der Literator erfährt von ihm biographische und historische, der Kaufmann statistische und technologische Berichtungen, der Politiker findet bei ihm gedrängte An- und Überichten der Tagesgeschichte . . . Der Elegant läßt sich von ihm die Zeitungen und Journale, die Coquette die genialen Liebesbriefchen ihrer Verehrer erklären . . .“

Ja, ein Allerweltsaker war es schon damals, das Konversationslexikon!

Es ist gewiß nicht uninteressant, zu untersuchen, wie es sich in den inzwischen verflossenen 120 Jahren seit jener Auflage, der die Vorrede galt, herausgemacht hat. Es hat sein Gewand abgelegt und ist in ein neues gekleidet, in ein weiteres und dabei doch geschmackvolles und zugleich dauerhaftes. Vor uns steht der neue „Große Brockhaus“, dessen 12. Band soeben erschienen ist. Wenn immer man von dem „Buch als Persönlichkeit“ sprechen kann — auf ihn trifft's gewiß zu. Er ist nicht mehr der lebenswürdige Pflaucher von vor 120 Jahren, der uns nur „Stoff zu einer Konversation“ gibt — und doch ist er gewiß tausendmal banter, lebendiger, unterhaltender geworden. Und dabei gemessenhaft und zuverlässig.

Seine Aufgabe in unserer Zeit?

Sie ist weit gespannt, so umfassend, daß uns der „Große Brockhaus“ in der kurzen Zeit seit Erscheinen des ersten Bandes schon unentbehrlich geworden ist. Er soll ja nicht nur das gesamte Wissen unserer Zeit, sorgfältig nach Schlagwörtern und Unter Schlagwörtern geordnet, darstellen, sondern er soll darüber hinaus den großen Kreis praktischer Fragen, die täglich an uns gestellt werden, mit allem Verständnis für das, was den Menschen von heute angeht, beleuchten. Um ein Beispiel zu geben: wir verlangen von ihm nicht nur gewissenhafte Auskunft über Namen und Daten, über den Siebenjährigen Krieg etwa, über den Lebenslauf eines Nobelpreisträgers, über eine Stadt oder einen uns unbekanntem Sachausdruck — wir möchten gegebenenfalls auch

Ratsschlüsse für unser tägliches Leben

haben, etwa bei Krankheitsfällen oder Vergiftungen, oder bei der Berufswahl unserer Kinder, oder in rechtlichen Fragen (Was ist ein geplantes Verbrechen zur Anzeige bringen? Wann kann ich einen Richter als befangen ablehnen? Wie veranlasse ich die Eintragung einer Hypothek in das Grundbuch?). Ja, eigentlich soll er mir noch mehr sagen können: Wie sollen im Badezimmer die elektrischen Schalter angebracht sein, damit eine Gefährdung des Badenden ausgeschlossen ist? Welches ist das Mindestkapital bei der Gründung einer Aktiengesellschaft? Wie lege ich mir eine Dienstadt an? Wie ist der gefährlichste Hauschwamm zu bekämpfen?

Wie soll ich meine Ernährung sinngemäß gestalten? Um es vorwegzunehmen: „Der Große Brockhaus“ ist das Nachschlagewerk, das diesen Anforderungen in hohem Maße gerecht wird. Und noch mehr. Die sehr gute Ausstattung läßt den — übrigens seit Beginn dieses Jahres herabgesetzten — Preis als niedrig erscheinen. Der 12. Band allein enthält 80 Tafelseiten, teilweise prächtig bunt, mit vielen Hunderten von Abbildungen sowie 20 Kartenseiten, darunter farbige Stadtpläne von Mailand, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen und Moskau. (Zum Vergleich: in den bisher vorliegenden zwölf Bänden haben wir insgesamt 934 Tafelseiten und 482 Kartenseiten zählen können, die — für sich allein genommen — schon ein paar starke Bände ergeben würden!) Wie wir selbst zu brennenden Fragen unserer Tage uns Unterweisung aus dem „Großen Brockhaus“ holen können, zeigen Artikel wie Memelgebiet und Minderheitsfrage. Die beigelegte Randkarte kann als die beste augenblicklich vorhandene Karte über unser Reichsgesamtheit bezeichnet werden. Den Kunstfreund werden die ausgezeichneten, teilweise bunten Tafelseiten über „Majolika und Japanese“, „Malerei des 19. und 20. Jahrhunderts“, und „Mosaisk“ fesseln, der völkertümlich Interessierte findet unter „Malaien“, „Menschenaffen“ (71 Abbildungen) oder „Mongolen“ wissenschaftliche Beiträge, die Frau — und nicht nur sie — wird sich unter „Röbel“ oder „Mode“, der Landwirt unter „Milch“ und „Molkerei“, der Freund der Natur unter „Manteltiere“, „Meereskunde“, „Meeresfische“ und „Moose“ Belehrung holen. Kurz, im neuen „Großen Brockhaus“ ist die Welt in ihrer bunten Vielfältigkeit vortrefflich eingefangen, und es ist nicht zuviel gesagt, daß man ihn nicht mehr missen mag, wenn man sich einmal daran gewöhnt hat, sich von ihm

das beste Leben und seine Geheimnisse erklären zu lassen und sich in allen Fragen, die jeder Tag an uns stellt, bei ihm Rat zu holen.

* „Der Große Brockhaus“, Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Band 12 (Mai bis Juni) in seinen 23,40 Mk.; bei Umlauf eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 21,15 Mk.

Gesetzgebung über die Frauenarbeit in wirkungsvoller Weise ergangen.

Der Bedeutung des Mutterschutzes in der Sozialgesetzgebung entsprechend war es eine der ersten Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation, die Regelung des Mutterschutzes auf internationaler Grundlage vorzunehmen.

Eine Empfehlung, die anlässlich der dritten Tagung der Konferenz im Jahre 1921 angenommen wurde, dehnt den Anwendungsbereich der Grundsätze des Abkommens auch auf die Landwirtschaft aus.

Das Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft war am 1. Juli 1932 von 11 Staaten ratifiziert, und zwar von Deutschland, Bulgarien, Chile, Kuba, Spanien, Griechenland, Ungarn, Lettland, Luxemburg, Rumänien und Jugoslawien.

Im Augenblick der Verabschiedung des Abkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft hatte der Mutterschutz in den verschiedenen Ländern der Welt noch einen durchschnittlich nicht sehr hohen Stand.

Der Wert des Schwangerschaftsurlaubes wird wesentlich erhöht durch die Gewährung einer ausreichenden Unterstützung. Auf diesem Gebiet sind in den letzten Jahren ebenfalls wesentliche Fortschritte gemacht worden.

In bezug auf die Unterstützungsätze sind ebenfalls wesentliche Fortschritte erzielt worden. Der Wortlaut des Abkommens setzt keinen bestimmten Unterstützungsatz fest.

Auch die Empfehlung über den Schutz der in der Landwirtschaft beschäftigten Lohnarbeiterinnen vor und nach der Niederkunft wird in einer großen Anzahl von Ländern beachtet.

Somit ist ein wesentliches Fortschreiten der Mutterschutzgesetzgebung in den verschiedenen Ländern der Welt zu verzeichnen. Der Ausbau dieser Gesetzgebung wird begleitet von einer stetigen Entfaltung der allgemeinen Gesetzgebung über die Frauenarbeit.

Jugendbewegung.

Jugend und Zeitung.

Auch die Jugend muß heute selbstverständlich die Zeitung lesen. Besonders unbegreiflich scheint es uns zu sein, daß man an maßgebender Stelle selbst für die Jugendlichen über 14 Jahre gar keine Notwendigkeit eines Verhältnisses von Jugend und Zeitung erkennen wollte.

Zuerst interessieren den Jugendlichen hiernach mehr die allgemeinen Ereignisse, vor allem Unfälle und Verbrechen. Es ist also nicht etwa etwas Verwerfliches, wenn sich ein junger Mensch für derlei Notizen interessiert.

Daß den Jugendlichen alles Frische und Lebendige am liebsten ist, ist natürlich. Und doch überraschen uns manche Angaben. So soll die Jugend für das Heimatliche keinen besonderen Sinn an den Tag legen.

Das größte Interesse bringen die Jugendlichen auch allen Berufsfragen entgegen, wie die Umfragen zeigten. Allein deshalb gehört auch das Gewerkschaftsblatt zum geistigen Lebensbereiche der Jugend.

Berichte aus den Zahlstellen.



Elbingerode (Harz). Wieder haben SA.-Horden ein freies Verbandsmitglied unseren Reihen entzogen. In den frühen Morgenstunden des 31. Juli 1932 wurde unser Kollege Fritz Müller (Hasselfelde) von einer Kugel, die aus der Reihe der SA.-Leute kam, getötet.

Wirtschaftliches.

Unternehmer

gegen nationalsozialistische Wirtschaftstheorien.

Die anormale politische Entwicklung in Deutschland hat auch wirtschaftliche Theorien lebendig werden lassen, die man sonst als lächerlich zurückgewiesen hätte. Eine dieser absurden Theorien ist die Forderung der Autarkie, die namentlich von den Nationalsozialisten erhoben und verteidigt wird.

Diese Zahlen beleuchten klar, wie sich eine Änderung der Handelspolitik in Deutschland auswirken würde. Die Exportfähigkeit der deutschen Industrie hat eine nicht geringe Steigerung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung zur Folge gehabt.

von Deutschland 1931 für 2,3 Milliarden Mark Waren. Wir nahmen ihnen für 687 Millionen Mark Lebensmittel ab. Die deutsche Ausfuhr war demnach dreimal so groß wie die landwirtschaftliche Einfuhr.

Konkurse und Massenkaufkraft.

Die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Statistik über die Konkurs- und Vergleichsverfahren im Jahre 1931 zeigt die überwiegenden Zahlen der Konkurse und der Vergleichsverfahren in jenen Berufszweigen, deren Schicksal mit dem Massenverbrauch aufs engste verbunden ist.

Rundschau.

Der unerträgliche Mietaufwand.

Der Rückgang des Volkseinkommens ist in der Krise viel größer als der des Mietenaufwandes, so daß die Mieten zur Zeit einen viel größeren Anteil des Einkommens beanspruchen als in der Vorkriegszeit.

Bezirkszahlstelle Hirschberg-Kaufung.

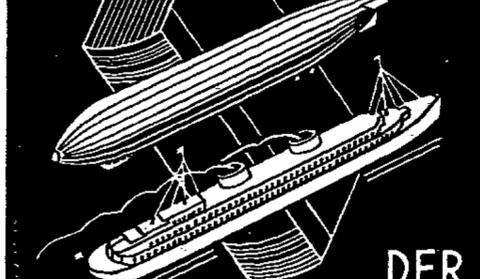
Die Geschäftsstunden unseres Hauptbüros Hirschberg, Sand 15a, sind neu festgelegt und vom 1. August an wie folgt geregelt:

Dienstag	von 10-13 und 15-18 Uhr,
Donnerstag	von 10-13 und 15-18 Uhr,
Freitag	von 8-13 und 15-18 Uhr,
Sonntag	von 8-13 Uhr.

Das Büro bleibt Montags und Mittwochs geschlossen.

Die Kasse ist nur Freitags und Sonnabends geöffnet. Auszahlungen und Kassiererabrechnungen können nur an diesen Tagen erfolgen.

„WIE DIE „EUROPA“ UND DER „GRAF ZEPPELIN“ IST



DER GROSSE BROCKHAUS

eine deutsche Hochleistung der Nachkriegszeit, die vollste Bewunderung verdient.

schreibt Herr K.S. in O., einer der Besitzer des „Großen Brockhaus“, und er sprach damit aus, was tausende denken.

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Unterzeichnete erbitte kostenlose und unverbindliche Zusendung des Probeheftes „Der Große Brockhaus aus von A-Z“ Name und Ort: Straße:

Chemische Industrie

Aus dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie über das Jahr 1931.

Die Zahl der versicherten Betriebe ist von 15 087 auf 15 296 gestiegen. Hiervon lagen jedoch 682 Betriebe das ganze Jahr hindurch still, im Vorjahre waren es 441 Betriebe. Die Zahl der Vollarbeiter A (Arbeiter und Betriebsangehörige) ist von 347 723 auf 296 895 zurückgegangen, gleich 14,62 Prozent. Außerdem waren 48 547 kaufmännische Angestellte (Vollarbeiter B) pflichtversichert, im Vorjahre 51 733. Hier beträgt der Rückgang 6,16 Prozent. Folgende Aufstellung zeigt die Bewegung der Zahlen der Vollarbeiter A in den Sektionen, denn nur diese sind für unsere Betrachtungen von Interesse. Die Zahlen des Vorjahres sind in Klammern gesetzt.

Sektion	Zahl der Betriebe	Zahl der Vollarbeiter A	Abnahme der Vollarbeiter in Prozent
I, Berlin	2 510 (2 490)	35 036 (38 915)	9,97 (11,59)
II, Breslau	1 367 (1 367)	17 517 (20 983)	16,52 (3,18)
III, Hamburg	2 173 (2 154)	43 816 (52 583)	16,67 (11,98)
IV, Köln	2 777 (2 730)	61 273 (70 293)	12,83 (11,09)
V, Leipzig	2 211 (2 173)	52 218 (65 087)	19,77 (17,71)
VI, Mannheim	1 387 (1 360)	35 550 (41 946)	15,25 (17,72)
VII, Frankfurt a. M.	1 130 (1 121)	31 948 (35 861)	10,91 (13,12)
VIII, Nürnberg	1 741 (1 692)	19 537 (22 053)	11,41 (8,52)
	15 296 (15 087)	296 895 (347 723)	14,62 (13,32)

Die rückläufige Bewegung hat sich im Jahre 1931 fortgesetzt und hält noch an. Zahlenmäßig war der Rückgang 1931 um 2007 geringer als im Vorjahre; prozentual liegt aber eine weitere Steigerung um 1,3 Prozent vor. Während die Einschränkung der Arbeiterzahl 1930 vorwiegend durch die Rationalisierung bedingt war, kann sie im letzten Jahre als Wirkung der Krise angesehen werden.

Die Gesamtlohnsumme der Gruppe A ist von 884 304 925 auf 728 025 385 Mk. oder um 17,67 Prozent gefallen. Der durchschnittliche Verdienst eines Versicherten beträgt 2452 Mk. gegen 2543 Mk. im Vorjahre. Diese Zahlen lassen den wirklichen Verdienst der Arbeiter nicht erkennen, denn in der Gesamtlohnsumme sind die hohen Gehälter der Betriebsangestellten mit enthalten. Die Verringerung der Durchschnittseinkommen beträgt 3,58 Prozent. Im Jahre 1913 stellte sich der durchschnittliche Verdienst auf 1266 Mk. Von 1913 bis 1931 ist also eine Steigerung um 93,7 Prozent eingetreten. Diese Steigerung trifft auf die Arbeiterlöhne nicht zu. Die amtliche Reichsstatistik für die chemische Industrie vom Juni 1931 weist für Handwerker im Zeitlohn gegen 1913 eine Steigerung um 49 Prozent und für Betriebsarbeiter um 52 Prozent aus. Über Akkordarbeiter lassen sich Vergleiche nicht ziehen, weil aus der Vorkriegszeit darüber kein Material vorliegt. Die stärkere Steigerung muß in den mehr gestiegenen Gehältern der Angestellten gesucht werden.

Die Verteilung der Arbeiter auf Kleinbetriebe unter hundert Arbeitern und Großbetriebe über hundert Arbeiter ergibt, daß auf 14 860 Kleinbetriebe, also 97,15 Prozent aller Betriebe, nur 30,9 Prozent der Arbeiter entfallen, dagegen in 436 Großbetrieben, also 2,85 Prozent aller Betriebe, 69,1 Prozent der Arbeiter beschäftigt werden. Zählt man zu den Großbetrieben der chemischen Industrie nur solche mit mehr als 500 Arbeitern, so ergibt sich, daß in 14 990 = 99,35 Prozent Klein- und Mittelbetrieben 52,7 Prozent der Arbeiter beschäftigt werden und nur 97 = 0,65 Prozent Großbetriebe über 47,3 Prozent der Arbeiter verfügen.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 26 555 im Jahre 1930 auf 19 206 im Jahre 1931, also um 27,67 Prozent, zurückgegangen. Erstmals entschädigt wurden 1744 Unfälle, darunter 98 Todesfälle, gegen 2296 mit 124 Todesfällen im Vorjahre. Der Rückgang beträgt 24,04 Prozent bei den erstmalig entschädigten Unfällen insgesamt; bei den Todesfällen 20,97 Prozent.

Auf 1000 Vollarbeiter entfallen:

Jahr	gemeldete Unfälle	entschädigte Unfälle	Todesfälle
1931	64,69	5,87	0,53
1930	(75,53)	(6,50)	(0,35)

Der Bericht hebt hervor, daß der Rückgang an gemeldeten Unfällen in der Hauptsache durch die ungünstige Wirtschaftslage bedingt ist.

„Die sich in Kurzarbeit, Betriebsstellungen und Betriebsstilllegungen auswirkte. Es ist klar, daß in Zeiten so starker Wirtschaftskrisen, wie wir sie in diesem Maße noch nicht erlebt haben, auch die Intensität der Arbeit nachläßt; in Zeiten, in denen Kurzarbeit und Stilllegungen an der Tagesordnung sind, wird natürlich auch langsame gearbeitet und oft von den Betrieben die Arbeit gestreckt, nur um die Arbeiter nicht entlassen zu müssen. Ein weiterer Grund für die Abnahme der Unfälle ist der, daß die Arbeitnehmer in Zeiten niedergebender Konjunktur bewußt vorsichtiger arbeiten, um sich gesund und arbeitsfähig zu erhalten und ihre Arbeitsstelle nicht zu verlieren. Daneben dürfte auch der Umstand noch eine Rolle spielen, daß bei notwendigen Entlassungen natürlich zuerst die ungeübten, ungelerneten Arbeiter betroffen werden, während man die geübten, im Betriebe erfahrenen Leute möglichst zu halten sucht.“ (Die Hervorhebung im Druck ist von uns erfolgt.)

Diese Angaben sind zum größten Teil unzutreffend. Nach unseren Erfahrungen hat die Arbeitsintensität bei Kurzarbeit nicht nachgelassen; sie ist vielmehr ganz gewaltig gestiegen. Auch wird nicht langsamer gearbeitet; das Gegenteil ist richtig und läßt sich beweisen. Wir können aber auf die Beweisführung verzichten und auf die Ausführungen eines prominenten Vertreters der chemischen Industrie, des Herrn Prof. Dr. Curtjohann, hinweisen, der am 28. Juni d. J. am Seminar für Arbeitsrecht und Sozialpolitik an der Universität Jena dem Sinne nach ausführte, daß in der Krise noch mehr an Höchstleistungen in der Produktion gedacht werden müsse, das heißt wenig Arbeiter, hohe Produktion, sowohl quantitativ wie qualitativ. Die Meinung, daß höhere Produktion in der Krise Unfug sei, weil kein Absatz vorhanden, stimmt nicht. Gerade in der Krise sei eine Erweiterung des Leistungslohnens anzustreben.

Hier schlägt Direktor Prof. Dr. Curtjohann von der chemischen Großindustrie die Ansicht der Berufsgenossenschaft vor.

Die angeblich größere Aufmerksamkeit der Arbeiter während der Krise scheint auch kein ausschlaggebender Grund für den Rückgang der Unfälle zu sein, denn der Bericht spricht 35 Zeilen später aus, daß:

„die Sorgen der Zeit für die noch Beschäftigten und die dadurch bedingte Ablenkung einen nicht unbeträchtlichen Anteil an den Unfällen gehabt haben dürften.“

Diese sich widersprechenden Angaben stehen auf einer Seite des Berichts. Eine Ansicht kann doch wohl nur richtig sein.

Aber auch die Entlassungen ungeübter, ungelerneter Arbeiter können die Unfallziffer nicht wesentlich herabgedrückt haben. Eher ist das Gegenteil der Fall. In den chemischen Großbetrieben sind massenhaft eingearbeitete Produktionsarbeiter entlassen worden. Ihre Stellen wurden vielfach durch gelernte Metallarbeiter besetzt, die im Produktionsprozeß als ungeübte, ungelernete Arbeiter anzupreisen sind. Durch ihre Tätigkeit ist die Unfallhäufigkeit nicht zurückgegangen.

Wir führen die erfreuliche Tatsache des Rückganges der Unfälle fast reißlos darauf zurück, daß sich die durch die Krise freigesetzten und nicht vollbeschäftigten Betriebsarbeiter, bevor man zu ihrer Entlassung schritt, für die Überarbeitung der Maschinen und Apparate einsetzten. Die Beobachtung wurde in vielen Betrieben gemacht, womit unsere Auffassung bestätigt ist, daß in Zeiten normalen Geschäftsganges oder bei Hochkonjunktur die Überwachung der Maschinen und Apparate nicht in größtmöglicher Weise erfolgt, woraus sich eine größere Unfallhäufigkeit ergeben muß.

Berufserkrankungen kamen 495 gegen 630 im Vorjahre zur Anzeige, wovon 68 entschädigungspflichtig wurden, darunter 14 Todesfälle. Von 123 anerkannten Bleivergiftungen mußten 17 entschädigt werden, darunter ein Todesfall. 57 Erkrankungen durch Arsen und seine Verbindungen wurden festgestellt, von denen 8 Fälle, die sämtlich zum Tode führten, einen Rentenanspruch rechtfertigten. 49 Vergiftungen durch Nitro- und Amidoverbindungen wurden als Berufskrankheiten anerkannt, 6 wurden entschädigt. Von 18 Vergiftungen durch Schwefelkohlenstoff wurden 5 entschädigungspflichtig, darunter ein Todesfall. Von 27 gemeldeten Hauterkrankungen wurden 19 als Berufskrankheiten anerkannt; drei führten zu einer Rentenzahlung.

Die ersten Minuten sind die wichtigsten!

Nachdem der elektrische Strom ausgeschaltet oder der Verletzte von der auch dem Helfer Gefahr bringenden Stelle der Stromleitung entfernt ist, muß unverzüglich künstliche Atmung einsetzen. Es darf auch nicht eine Minute oder Sekunde damit gezögert werden! Also in solchem Falle nicht wie bei Gasvergiftungen erst die Fenster öffnen oder den Bewußtlosen transportieren, bequem lagern, Zunge herausziehen, nicht erst Arzt oder sonstige Helfer benachrichtigen, nicht auf Sauerstoff oder sonstige Wiederbelebungsapparate warten, nicht erst Sanitätskolonne herbeirufen, sondern ohne Verzögerung mit der künstlichen Atmung beginnen. Seitlichlegen des Kopfes verhindert das Zurückgleiten der Zunge und die Verstopfung der Atmungswege. Es ist erwiesen, daß bei elektrischem Scheintod auch nur ein kurzes Hinauszögern der Hilfsmassnahmen Ableben zur Folge haben kann. Andererseits kann sofort einsetzende Hilfe auch scheinbar völlig leblose wieder zur Atmung und Herzstätigkeit bringen und damit lebensrettend wirken. Gleichzeitig sei aber darauf verwiesen, daß die Wiederbelebungsversuche durch künstliche Atmung nötigenfalls stundenlang fortgesetzt werden müssen. Selbstverständlich müssen in solchen Fällen die Helfer sich abwechseln, und es muß in der Zwischenzeit alles getan werden, um nach Möglichkeit sofort einen Arzt herbeizuholen, zumal dieser durch entsprechende Einpirigungen von herzbelebenden Mitteln die Wirkungen der künstlichen Atmung unterstützen und so den elektrischen Scheintod erfolgreich bekämpfen kann.



Bestell Nr. 414 - des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W 9

leblose wieder zur Atmung und Herzstätigkeit bringen und damit lebensrettend wirken. Gleichzeitig sei aber darauf verwiesen, daß die Wiederbelebungsversuche durch künstliche Atmung nötigenfalls stundenlang fortgesetzt werden müssen. Selbstverständlich müssen in solchen Fällen die Helfer sich abwechseln, und es muß in der Zwischenzeit alles getan werden, um nach Möglichkeit sofort einen Arzt herbeizuholen, zumal dieser durch entsprechende Einpirigungen von herzbelebenden Mitteln die Wirkungen der künstlichen Atmung unterstützen und so den elektrischen Scheintod erfolgreich bekämpfen kann.

Nahrungsmittel-Industrie

Kommt die Margarinesteuer? Soll die Margarine versteuert werden?

Das Bestreben einflussreicher Kreise geht darauf hinaus, neue Verbrauchssteuern einzuführen. Man findet bei der gegenwärtigen Regierung hierfür weitgehend Gehör. Nachdem das Pfund Salz mit 6 Pf. versteuert ist, fordern die Großagrarien die Einführung einer Margarinesteuer. Sie haben bei der Reichsregierung eine Erhöhung des Schutzzolles auf Butter durchgesetzt und befürchten nun, daß eine weitere Steigerung des Butterpreises infolge Erhöhung des Schutzzolles eine Abwanderung vom Butter- zum Margarineverbrauch zur Folge haben könnte. Deshalb fordern sie die Einführung einer Margarinesteuer, damit auch der Margarinepreis steigt. Es wäre zwar unverantwortlich, wenn man bei der herrschenden Not die Margarine durch Besteuerung künstlich verteuern würde. Aber wir leben im Zeitalter der Notverordnungen, und die Verbraucher sind vor Überraschungen nicht geschützt. Es muß deshalb rechtzeitig dringend gegen die Einführung einer Margarinesteuer protestiert werden.

Welche Bedeutung hat die Margarine für den deutschen Haushalt? Der Speisefettverbrauch Deutschlands wird für die letzten Jahre jährlich auf rund 1 200 000 Tonnen geschätzt. An der Deckung dieses Verbrauches sind beteiligt: Butter mit rund 480 000 Tonnen, Margarine mit 450 000 bis 490 000 Tonnen und Schmalz mit rund 210 000 Tonnen. Daraus ergibt sich, daß der Butter- und Margarineverbrauch in Deutschland ungefähr gleich ist. Man kann also nicht mehr sagen, Margarine sei Butterersatz. Man muß vielmehr sagen, die Margarine ist die Butter des armen Mannes. In vielen Haushaltungen reichen die Einnahmen nicht mehr aus, um Butter kaufen zu können. Man muß sich mit der Margarine begnügen. Ausgerechnet dieser Massenkonsumartikel soll nun nach den Wünschen der Großagrarien mit einer Verbrauchssteuer belegt werden.

Würde nun die Einführung einer Margarinesteuer tatsächlich den von den Agrariern gewünschten Zweck erfüllen? Das ist vollkommen ausgeschlossen. Margarine ist in mittlerer Preislage das Pfund für 40 bis 60 Pf. zu kaufen. Bessere Marken sind teurer. Es steht aber fest, daß der Absatz bei den besseren Margarinearten seit einem Jahre ganz erheblich gesunken, bei den billigeren Sorten aber bedeutend gestiegen ist. Hier kommt die ungeheure Not der Masse zum Ausdruck. Die Preise für Butter dagegen betragen immer noch 1,20 bis 1,35 Mk. je Pfund. Nehmen wir an, die Margarine würde durch eine Steuer im Preise erheblich gesteigert, so wird trotz dieser Preissteigerung doch ein großer Preisunterschied zwischen Margarine und Butter bestehen. Glauben denn die Großagrarien, daß dann die bisherigen Margarineverbraucher Butter kaufen werden? Daran glaubt doch im Ernst kein Mensch.

Jene Verbraucher, die heute Margarine kaufen, werden an Stelle der Margarine niemals Butter zu wesentlich höheren Preisen kaufen können, weil ihre Kaufkraft dafür nicht ausreicht. Aber etwas anderes wird eintreten. Wenn die Margarine durch Steuern verteuert wird, dann sind die Armen der Armen gezwungen, für das Pfund Margarine einen höheren Preis zu zahlen als bisher. Dafür werden sie den Verbrauch an anderer Stelle einschränken müssen. Es kann niemand mehr ausgeben, als er hat. Das letzte Stückchen Fleisch und das letzte Stückchen Wurst werden vom Tische des Arbeiters verschwinden. Man wird nur noch Margarine als Brotzusatz nehmen, weil sie das billigste Fett für den armen Mann ist. Der Butterumsatz wird also durch die Margarinesteuer nicht gesteigert werden. Da im Arbeiterhaushalt mit jedem Pfennig gerechnet werden muß, wird eine Verteuerung der Margarine einen Minderverbrauch anderer Lebensmittel zur Folge haben. Der Absatz anderer landwirtschaftlicher Produkte wird zurückgehen. Unfast Vorteil wird die Landwirtschaft Nachteile von der Einführung der Margarinesteuer haben.

Die Kaufkraft weiter Volkskreise ist in den letzten 1 1/2 Jahren durch Lohn- und Gehaltsabbau stark gesunken. Durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist den Rentnern die oft recht magere Rente gekürzt worden; die Arbeitslosenunterstützung, Wohlfahrts- und Renteunterstützung sind bedeutend herabgesetzt. Durch all diese Maßnahmen ist das Einkommen gerade jener Bevölkerungsschichten, die sowieso schon sehr geringe Einnahmen hatten, weit unter das Existenzminimum herabgedrückt. Gerade diesen Kreisen würde das Fett, das sie in Form von Margarine kaufen, noch erheblich verteuert werden.

Die sinkende Kaufkraft weiter Volkskreise hat zur Folge gehabt, daß beim Margarineabsatz schon ein starker Wandel eingetreten ist. Wurden in früheren Jahren vorwiegend bessere Margarinearten gekauft, so ist im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre eine Abwanderung von den besseren zu den billigeren Margarinearten eingetreten. Die Einführung einer Margarinesteuer würde zur Folge haben, daß viele Verbraucher dann auch die billige Margarine nicht mehr kaufen können. Es wäre wirklich ein starkes Stück, wollte man gerade die Armen der Armen zwingen, auf jeden Genuß von Fett zu verzichten, nur deshalb, damit die Wünsche der Großagrarien erfüllt werden.

Für unsere Kollegen in der Margarineindustrie haben die Dinge noch eine andere Seite. Durch Verteuerung der Margarine ist ein Rückgang im Verbrauch der besseren Margarinearten zugunsten der billigeren Sorten zu erwarten. Der Qualitätsunterschied bei der Margarine ist nicht nur eine Frage der Verwendung des Rohstoffes, sondern in der Hauptsache eine Verarbeitungsfrage. Bessere Margarinearten werden viel intensiver verarbeitet als billigere Sorten. Sie erfordern also mehr Arbeitskraft. Nimmt der Verbrauch der billigeren Sorten zu und der Verbrauch der besseren Sorten ab, dann sind Arbeitskräfte in der Industrie überflüssig und Entlassungen werden die Folge sein.

Nun hat aber in den letzten Jahren bereits ein starker Abbau von Arbeitskräften in der Margarineindustrie stattgefunden. Die noch beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten zum überwiegenden Teil seit einem Jahr und länger verkürzt. Weitere Entlassungen würden unweigerlich die Folge sein, wenn ein Rückgang im Margarineverbrauch eintritt. Das Heer der Arbeitslosen in Deutschland ist wirklich groß genug, so daß wir alles unternehmen sollten, es nicht noch zu vergrößern.

Im Interesse unserer Margarinearbeiter und im Interesse unserer etwa 400 000 Verbandsmitglieder, bei denen es sich zum größten Teil um angelernte Arbeiter handelt, müssen wir dringend Einspruch gegen die Einführung einer Margarinesteuer erheben. Es kann nicht angehen, daß man die Einnahmen großer Volksschichten unter das Existenzminimum herabdrückt und dann die Preise für ein wichtiges Konsummittel, die Margarine, durch Steuern künstlich hinaufschraubt. E. Senkfeil.

Literarisches.

„Die Porzellanfabrik“. Der Roman „Die Porzellanfabrik“ von Alexander Puschkin, ins Deutsche übertragen von Boris Krotkoff und Annie Eijcis, der jetzt als neue Ausgabe bei der Buchergilde Gutenberg erscheint, ist eines der besten Bücher der russischen Literatur. Es ist ein Roman aus einer besonderen Welt, die Welt der russischen Arbeiter. Ein Unternehmer wird durch die kommende bolschewistische Revolution erstickt und löst vor seiner Flucht durch einen ergebenden alten Arbeiter das Maschinenhaus der Porzellanfabrik an. In der Hoffnung, die Revolution würde nicht lange dauern. Aber die Revolution brach über und verteidigt sich erfolgreich gegen die inneren und äußeren Feinde. Die Arbeiter der Porzellanfabrik haben freilich wenig von diesem Erfolg. Sie bekommen kaum die paar Pfennig Brot heraus, die sie zum Leben brauchen. Schließlich raffen sie sich auf, das Maschinenhaus anzubauen und die Porzellanfabrik wieder in Gang zu bringen. Wie sie dabei mit den früheren Angestellten des Unternehmers, die nicht recht an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter glauben wollen, zu ringen haben, wie sie Ingenieure und Techniker allmählich zu sich herüberziehen oder als Saboteure erkennen und abstoßen, das ist einfach und folgerichtig erzählt und gibt ein Spiegelbild von den Kämpfen und vom Heroismus des russischen Aufbaus. Wie die meisten Romane bolschewistischer Charaktere macht auch dieses Buch vor der Selbstkritik nicht halt. Gerade durch diese innere Wahrhaftigkeit hebt sich dieser neue russische Roman einen guten Platz in der Reihe der Goldenen Bücher.

„Mein Vorurteil gegen diese Zeit.“ 100 Holzschritte von Karl Koffing. Verlag der Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 61. Preis 2,70 Mk. 100 Holzschritte und 100 vernichtende Anklagen gegen diese faulende kapitalistische Welt schillert und gegen diese heuchelnde, maraschierende Gesellschaft und ihre Ordnung. Ein und gegen diese heuchelnde, maraschierende Gesellschaft und ihre Ordnung. Ein und gegen diese heuchelnde, maraschierende Gesellschaft und ihre Ordnung. Ein und gegen diese heuchelnde, maraschierende Gesellschaft und ihre Ordnung.

„Arbeits- und Lebensbedingungen.“ 75 Pf. Verlag J. Benzheimer, Mannheim. Berlin, Leipzig. 8. Auflage. Antis gibt eine auf schärfste überprüfte, objektive und vollständige Zusammenfassung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Zunächst ist der Wortlaut der Gesetzgebung und unmittelbar anschließend die einschlägige, hierzu ergangene bolschewistische Rechtsprechung in knapper und klarer Formulierung wiedergegeben.

„Arbeits- und Lebensbedingungen.“ 75 Pf. Verlag J. Benzheimer, Mannheim. Berlin, Leipzig. 8. Auflage. Antis gibt eine auf schärfste überprüfte, objektive und vollständige Zusammenfassung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Zunächst ist der Wortlaut der Gesetzgebung und unmittelbar anschließend die einschlägige, hierzu ergangene bolschewistische Rechtsprechung in knapper und klarer Formulierung wiedergegeben.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Unilin

32. Fortsetzung.

Sehr erfreulich sei es, daß es möglich war, die Interessensphäre auf internationaler Basis weiter auszudehnen und daß es außerdem gelungen wäre, durch geschickte Verhandlungen und Quotenverträge eine stabile Produktionsgrundlage zu finden. Hieraus formulierte er einige dehnbare und kaum verständliche Sätze über die Personalpolitik der Verwaltung, nannte die Zahl der Beschäftigten, die allerdings infolge sparsamer Verwaltung und rationaler Betriebsführung stark verringert werden konnte. Die neuen Arbeitsmethoden hätten eine Steigerung der Arbeitsleistung je Schicht und Arbeiter zur Folge gehabt, wodurch im Zusammenhang mit weiterer Typisierung und Mechanisierung die Betriebsrentabilität sich enorm verbessert habe (zustimmendes Kopfnicken einzelner bebrillter Belehrenaktionäre), so daß an einen weiteren Abbau der Unkosten persönlicher Art gedacht werden könne. Trotzdem sei der Lohn- und Faktor in der Produktion noch zu angepannt, und besonders — seine Stimme wurde hart — die soziale und steuerliche Belastung direkt unerträglich. (Wiederholtes Kopfnicken der Politiker von der Volks- und Nationalen Volkspartei.) Eine Erleichterung könne natürlich nicht von einer Firma allein erwartet werden. Das müsse als Aufgabe der Gesamtwirtschaft im engsten Kontakt mit der Presse geschehen. (Die Vertreter dieser Presse hielten diesen Satz besonders in ihrem Stenogramm fest.) Er, der Generaldirektor und die Verwaltung seien überzeugt, daß die einsetzende Depression in den anderen Wirtschaftszweigen nur eine Folge der widerwilligen Lohnpolitik der außerhalb der Wirtschaft stehenden Organisationen sei. Darauf schickte er mit einem Gewirr von Zahlen, aus denen niemand klug würde, die Handlungs- und allgemeinen Geschäftskosten, sprach über einige dunkle Stellen der Auslandsguthaben, über Kredit- und Debetkonten, Transferierungen und Kapitalanlagen, um dann wieder, stark betonend, genaue Zahlen über steuerliche Belastung bekanntzugeben. Die notwendige Erweiterung der Produktionsanlagen vollzog sich planmäßig und konnte durch Abschreibungen bereits voll gedeckt werden. Die Bankguthaben hätten sich erhöht, Verpflichtungen wären zurückgegangen, flüssige Mittel genügend verfügbar.

Darauf nannte er die den meisten Aktionären schon bekannte Zahl des Rohgewinnes, von dem nach Abzug aller Unkosten und Überweisungen an den Reservefonds die hübsche Summe von 123 Millionen Goldmark als Reingewinn übrig blieb. Die Verwaltung und der Aufsichtsrat seien deshalb in der glücklichen Lage, der Generalversammlung die Erhöhung der Dividende von elf auf dreizehn Prozent vorzuschlagen.

Demonstrativer Beifall unterbrach den Generaldirektor.

„Meine Herren“, fuhr dieser fort, „auch für das laufende Geschäftsjahr sind die Aussichten zufriedenstellend, die Verwaltung wird bemüht sein, die Interessen der Firma nach jeder Richtung hin zu vertreten. Sie bitten um wohlwollende Kritik, sowie auch den Vorschlag des Aufsichtsrates akzeptieren zu wollen.“

Erneut einsetzender starker Beifall zeigte der Verwaltung, daß die Aktionäre mit ihrer Arbeit höchst zufrieden waren. Mit schmunzelnden Mienen unterließen sie sich über das glänzende Ergebnis.

„Ich bin außerordentlich befriedigt“, sagte ein Kommerzienrat zu seinem Nachbar aus der Blindstraße.

„Ja, ja, die finanzielle Grundlage der Unilin ist nicht schlecht“, meinte der vorjährige. „Auch meine Besorgnis wurde angenehm enttäuscht. Ich dachte schon, die verhängnisvolle, marxistisch beeinflusste öffentliche Mißwirtschaft würde rückwirkend auch die Privatindustrie beeinträchtigen.“

„Ihre Befürchtungen waren nicht so grundlos“, mischte sich ein Politiker ein, „es kostet Mühe, Zeit und Geld, um den marxistischen Einfluß fernzuhalten.“

„Meine Herren“, unterbrach jetzt einer der Sprecher die allgemeine Unterhaltung, „ich glaube im Sinne der ganzen Versammlung zu sprechen, wenn ich der Verwaltung und dem Aufsichtsrat für die vorbildliche und kluge Geschäftsführung den Dank sämtlicher Aktionäre anspreche. Eine Kritik an der Tätigkeit der Verwaltung würde den günstigen Eindruck nur verwischen. Außerdem enthält der Bericht alles Wissenswerte und ist klar und übersichtlich abgefaßt. Etwas Mißverständnisse werden durch das Studium des gedruckten Berichtes sicher behoben. Ich erlaube daher, den Vorschlag des Aufsichtsrates zu akzeptieren.“

Auch die nächsten Sprecher dankten der Verwaltung, stellten einige kleine Anfragen und begrüßten die Erhöhung der Dividende von elf auf dreizehn Prozent.

Doch dann erhob sich einer mit ernster Miene von seinem Klappstuhl, hand wie ein Fremder unter Fremden. Die Mienen sämtlicher Aktionäre richteten sich nach dieser Seite hin. „Meine Herren“, begann er, „ich verweise im Geschäftsbericht präzisere Angaben über Handlungs- und Generalunkosten. Außerdem darf ich vielleicht die Verwaltung über die Lohnpolitik gegenüber den Arbeitern und Angestellten interpellieren. Es dürfte bekannt sein, daß ...“

„Auchartig erhob sich der Generaldirektor. „Ich möchte bitten, zum Geschäftsbericht sprechen zu wollen, ebenfalls bitte ich, die Interpellation genauer formulieren zu wollen.“

„Dann gestalte ich mir die Frage: Was gedenkt die Verwaltung zu tun, um einen gerechten Ausgleich zwischen den erheblich gestiegenen Anforderungen an die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten und den derzeitigen Lohn- und Gehaltsstufen herbeizuführen?“

Ohne eine weitere Begründung abzuwarten, schnellte der Generaldirektor von seinem Stuhle hoch und erwiderte etwas schärfer: „Ich muß eine Beantwortung dieser Frage als nicht zum Geschäftsbericht gehörig ablehnen.“

In diesem Augenblicke hat der freierwerbende Aktionär aus Wort und Kette in kurzen Befehlsworten den Antrag: „Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte.“ Das wurde dann fast einstimmig angenommen. Darauf genehmigte die Generalversammlung den Vorschlag des Aufsichtsrates auf Erhöhung der Dividende von elf auf dreizehn Prozent sowie die Ausgabe von Gratifikationen.

Damit hatten die Aktionäre die schwere Bürde der Verantwortung für das verflochtene Geschäftsjahr auf ihre tragfähigen Schultern genommen.

Am Schluß dankte der Generaldirektor noch einmal für das der Verwaltung entgegengebrachte Vertrauen und hat die Herren Aktionäre, — er den Rest des Tages als Gäste der Verwaltung zu betrachten. Damit war die Generalversammlung geschlossen.

Anschließend beschäftigten die Gäste den imponierenden wirkenden Verwaltungsrat und laubeten dann etwas abgepannt in dem fächerlich gedeckten und feierlich dekorierten großen Speiseraum. Schon allein das Speisearrangement hatte einen Lanzen der gekostet. Lange Reihen Polsterstühle, damastbedeckte Tische und Servietten, Silberbestecke, schmeißiges Porzellan und goldberanderte Kristallgläser, große Kisten voll brauner Havannaas luden zu üppigem Rauche ein. Hinter Stoffgeschlapper und Gläserklängen herrschte bald eine angenehme Unterhaltung.

Schnurde und auf rationelle Bedienung gedrückte Servierdamen brachten zuerst Schildkrötensuppe, danach diverses Wildbret und Geflügel, reichte schmackhaft zubereitete Tunken, französisches Weißbrot, Pariser Salate, dazu leichten Rheinwein, Jahrgang 1911. Etwas später folgten Hummer, Kaviar und Austern, die mit schwerem Champagner in den Wagen gepackt wurden. Anschließend gab es kalte Pasteten von Kalbs- und Schweineleber mit Leinschneiben, dazu feurige Südwine, nachfolgend Delikatesskaffee mit schwerem Mosterwein und zur besseren Verdauung extra zubereitete Puddings und erfrischendes Tafelobst.

Roman von Fritz Molinar

Nachdem durch solch ein frugales Mahl der größte Hunger gestillt war, knallten die Sekspistolen, und während diese schäumende Flüssigkeit in den geschliffenen Kömern perlte, begannen wohlbedachte und fein pointierte Tischreden zu steigen. Jetzt konnten sich nach zwei angestrengten Stunden die auf rationelle Bedienung — was in diesem Falle lautlos erakte Bedienung heißen sollte — gedrückten Servierfräulein zum erstenmal, wie man so sagt, „verschauen“.

Die Aktionäre dankten noch einmal der Verwaltung, und die Verwaltung dankte den Aktionären. Gepriesen wurde der kluge Geschäftssinn der leitenden Herren, während diese wieder das patriotische Verantwortungsbewußtsein der Aktionäre lobten. Persönliche Initiative und eiserner Fleiß, kluge und verständnisvolle Kapitalanlage, opferfreudige Hingabe fürs Ganze, dann deutliche Warnungen an die maßgebenden Regierungskreise, durch rigorose Steuern und Sozialabgaben nicht jede Kapitalbildung zu verhindern, energisches Vorgehen von allen gewagten marxistischen Experimenten, freudige Bekenntnisse zur privatwirtschaftlichen Gütererzeugung, entfangenwolle Arbeit im Dienste der Volkswirtschaft, das waren die Nuancen, auf die die Reden abgestimmt waren. Zuletzt stieß man vergnügt die Kömerkelche aneinander und profekte auf das Wohl. ... Die Servierdamen mußten nicht, ob die Herren auf ihr eigenes Wohl oder auf die Notzeit profekten, von der sie vorher so salbungsvoll redeten und die ihnen so fetten Dividenden in die Banktresore warf.

Abends gingen die Servierdamen todmüde nach Hause, und die Unilin hatte eine Rechnung von 33 000 Mark am Bein.

Am nächsten Tage erschien in der bürgerlichen Presse die bekannte Notiz unter dem Titel „Jahresabschluss bei der Unilin“. Die Generalversammlung genehmigte die Erhöhung der Dividende von 11 auf 13 Prozent, ebenso die Ausgabe einer Serie von Gratifikationen, welche demnächst an der Börse zur Einführung gelangen. Nach dem Bericht der Verwaltung sind die Aussichten für das neue Geschäftsjahr ebenfalls nicht ungünstig.

Nach der Generalversammlung fand eine Besichtigung des neuen Verwaltungshauses statt, der sich ein einfaches Essen anschloß. Und dann folgten die üblichen Lobeshymnen — auf den klugen Geschäftssinn, auf die private Unternehmerinitiative, auf den eisernen Fleiß, auf die sparsame Verwaltung, auf den sozialen Geist, womit dieses gigantische Unternehmen geleitet würde.

Die Arbeiter in der Fabrik hatten mit Spannung auf das Geschäftsergebnis gewartet. Im Badehaus fanden wieder ausgiebige Diskussionen statt. Einige wollten wissen, daß es in diesem Jahre zum letzten Male die Prämien gäbe. Andere wieder wollten gehört haben, diesmal würden sie sogar noch etwas erhöht, weil ja auch die Dividende höher sei als sonst. Jedenfalls warteten alle mit Sehnsucht auf den Tag, an dem das Geld ausgezahlt würde. Manche hatten es schon vorausgabt, ehe sie die kleine Summe in die Hand bekamen. Wer wollte ihnen das verübeln? Der Lohn reichte ja kaum zum allernotwendigsten Lebensunterhalt. An eine Anschaffung von Wäsche oder Möbeln konnte schon seit Jahren nicht mehr gedacht werden. In manchen Haushaltungen mit mehreren Kindern sah es direkt trostlos aus. Da war alles alt und zerstückelt; nichts war mehr ganz. Alles war gestickt und notdürftig zurechtgerichtet. Es fehlte an Kleidern, Schuhen, Unterwäsche, Bettzeug und Haushaltsgegenständen. Müßte aber abgibt etwas angeschafft werden, dann geschah es auf Ratenzahlung oder auf Stoftern, wie die Arbeiter es nannten. Gar oft nahmen sie auch Darlehen bei der Fabrik auf, und man konnte ruhig sagen, mehr als die Hälfte war bei der Fabrik bis über die Ohren verschuldet.

Mannhart kam abends nach Hause und brachte seiner Frau die Nachricht von der Erhöhung der Dividende von 11 auf 13 Prozent. Ein Lächeln fiel nach langer Zeit wieder einmal um ihre verstorbenen Gesichtszüge. „Ja, erhalst ihr denn auch etwas mehr?“

„Es soll ein paar Mark mehr geben“, erwiderte er müde.

„Das wird bald wieder fort sein, bis die Kinder etwas Winterwäsche haben, Kleider und Schuhe; ich muß Katun kaufen, die zwei Ältesten schlafen so schon auf Barchent; einen Kochtopf muß ich haben ...“ Sie unterbrach sich seufzend: „Für mich und dich bleibt da wieder nichts übrig. Nicht mal vor die Hausfür kann ich im kommenden Winter, weil ich nichts anzuziehen habe. Ist das eine Armut und ein Elend!“

Damit stellte sie eine Schüssel voll Quarkkaffee auf den Tisch und begann einen Hering zu entgräten. Der Hering war für ihren Mann. Sie und die Kinder mußten sich mit Kartoffeln und Kaffee begnügen.

Mannhart wurde etwas ungeduldig. „So kann das nicht mehr weitergehen“, sagte er zu seiner Frau. „Die ganze Woche morgens Margarinebrot, mittags Suppe, Suppe und wieder Suppe, abends Hering oder Käse. Frau, ich halt es nicht mehr aus! Wenn das so weitergeht, muß ich mich krank machen. Es ist alles so schlaff in mir bei dieser Lebenshaltung, wo man doch im Betrieb wie eine Zitrone ausgepreßt wird.“

„Ich weiß, Mann, ich weiß! Aber ich kann doch nichts dafür. Ich darf es nicht tun, wie ich will, es langt nicht. Und den Kindern kann ich doch auch nicht weniger geben. Ich muß mich beilen.“ Damit nahm sie ihr Schmelzschüssel und machte sich auf den Weg nach der Fabrik. Sie ging ebenfalls in die Fabrik als „Reinmachefrau“.

Frau Mannhart hatte recht. Wenn man vier Kinder im besten Wachstum hat und der Mann bringt nur wenig mehr über zwanzig Mark je Woche heim, dann darf es eine Frau einteilen wie sie will, es langt mit dem besten Willen nicht. Sie konnte nicht auch noch die paar Mark Pauschal für Lebensmittel verwenden; die brauchte sie für Kleider und Schuhe, sonst wäre ihr Haushalt längst verkommen und verdorben.

Untermwegs klagte sie der nun alt gewordenen Frau Purzell, die nun auch puzen ging, seit ihr Mann im Kriege gefallen war, ihre Not. „Das hübsche Geld, welches mein Mann nach Hause bringt, langt kaum noch zum Essen, und da muß man jeden Pfennig einteilen. Es langt einfach nicht mehr hinten und vorne. Wo bleiben dann die Kleider, Schuhe, das Licht, das Gas und sonstiges, und jetzt kommt auch noch der Kirchensteuerzettel dazu. Ich weiß nicht mehr, wo mir der Kopf steht.“

„Das will ich Ihnen glauben“, erwiderte Frau Purzell. „Da haben Sie Ihre Last Tag und Nacht. Aber ich halte es auch nicht leicht seit dem Krieg. Sie haben wenigstens Ihren Mann. Ich stehe allein in der Welt. Auf die Kinder kann man sich ja nicht mehr verlassen. Mein Ältester ist erwerbslos, und die Mädchen wollen heiraten, brauchen alles für sich. Es ist halt ein Kreuz — ein Kreuz ist das! Aber seien Sie doch nicht so dümm. Frau Mannhart, und gehen Sie nach der Versorgungsstelle! Wo Sie doch vier Kinder haben. Die alte Frau Reibel geht fast jede Woche hin und holt sich Lebensmittel.“

„Ich weiß, ich weiß, Frau Purzell! Ich sollte hingehen. Aber Sie glauben gar nicht, wie mir das zuwider ist. Ich bringe es einfach nicht fertig. Die sollen unsere Männer richtig bezahlen, dann brauchen die Großen keine Erbsen und Kraut zu verteilen. Sonst kriegt man dort ja auch nichts.“

„Recht haben Sie, Frau Mannhart. Erst ziehen sie es aus den Arbeitern heraus, und dann stellen sie sich hin und glauben wieder, was für Wohlfaßen sie den armen Leuten tun, wenn sie von ihrem Überflus ein paar Brocken abgeben.“

„Nein, ich würde es auch nicht über mich bringen, um solche Bettelstuppen zu bitten.“

Damit gingen sie an ihre Arbeit, gingen an zu puzen und zu wischen, bis sie spät abends mit schmerzdem Rücken und aufgeriebenen Händen den Heimweg antraten.

So ging es Tag für Tag bei diesen armen Frauen. Sie kannten in ihrem ganzen Leben nur Arbeit, waren mit ihr so eng verbunden, daß sie gar nicht mehr von ihr loskamen. Und trotz aller mühsamen Arbeit bleichte der Hunger um ihre schmalen, runigen Wangen sein graues Gewand, schälte die Sorge das frische Rot von ihren vergrämten Lippen, malte die Not ihre harten Gräbchen um ihre gefurchten Stirnen.

Wenn ein Künstler die Arbeit malen wollte, müßte er sich eine solche Mutter zum Modell nehmen.

Da braucht es keine Buße und Sündenvergebung. Das Leben dieser Frauen und Mütter ist arbeits- und schmerzreich genug und eine lebenslängliche Buße. Es sind die Märtyrerinnen der Arbeiterklasse. Man müßte den Hut vor ihnen abreißen und sie in Ehrfurcht grüßen.

Mannhart war schon vierzig Jahre alt, als er seine Frau, eine Kriegerwitwe, heiratete. Sie hatte ihm in kurzer Zeit vier Kinder geboren, für die er jetzt in seinen alten Tagen darben und sich plagen mußte. Die Kinder waren gerade in dem Alter, in welchem sie am meisten kosten und noch nichts verdienen. Die Älteste war vierzehn und der Jüngste acht Jahre alt. Er selbst ging stramm auf die sechzig zu. In diesem Alter wurden schon viele jüngerer Arbeitskollegen von der Rationalisierungsmaschine aus dem Produktionsprozess gestochen. Daß er noch arbeitete, hatte er seiner jähren Ausdauer und noch mehr dem Umstand zu verdanken, daß er in den nahezu vierunddreißig Jahren seiner Tätigkeit in der Fabrik nur sehr wenig krank feiern mußte. Er war also ein rentables Ausbeutungsojekt.

So schleckte er sich auch am anderen Tage wieder in die Fabrik, obwohl es ihm hundsmiserabel war. Früher war er ebenfalls im Raum R H 2 beschäftigt. War er es doch damals, der den Bastian in den Verband aufnahm, nachdem die Kollegen nicht mehr mit demselben arbeiten wollten.

Das war allerdings schon lange her. Später, als dann R H 2 stillgelegt und bald darauf abgerissen wurde, arbeitete er längere Zeit in der Mühle. Auch dort wurde er bald überflüssig, weil ja die Arbeiter überall durch Maschinen ersetzt wurden. Nach dem großen Streik mußte er sich zusammen mit noch anderen Kollegen im neuerbauten Raum V R 23 melden.

„Ich weiß ganz genau, warum sie mich in den Invalidendom stecken tun“, sagte er zu seinem Freunde Peter Gohler. „Das ist nur, weil ich Streikposten gestanden habe.“

Damit hatte Mannhart nicht unrecht. Nach dem Streik begann langsam, vorerst kaum fühlbar, eine Säuberungsaktion innerhalb der Fabrik. Weil man nun Arbeiter, die mehr als dreißig Jahre in der Fabrik tätig waren, nicht gut auf die Straße werfen konnte — die Öffentlichkeit hätte es eventuell übernehmen können —, so versuchte man sie irgendwie los zu werden. Sie wurden in die schmutzigsten, ungelindesten Räume gesteckt, man verlangte Unmögliches von ihnen, bis sie sich krank meldeten und dann meist nicht mehr gesund wurden. Andere, die weniger Dienstjahre hatten, wurden zwangsweise pensioniert oder beurlaubt. Es sei keine Arbeit vorhanden, wurde diesen Leuten gesagt. Wenn es wieder besser ginge, würden sie wieder gerufen. Die Belegschaft dachte natürlich anders: „Wer einmal draußen ist, kommt nie wieder rein.“ Das war allgemeine Ansicht in der Fabrik. Immer, wenn am Ende der Woche ein Trupp die Fabrik verließ, das heißt, zwangsbeurlaubt wurde, riefen sich die Arbeiter ironisch zu: „Maßregelungen dürfen keine vorgenommen werden!“

Es wurden ja auch keine vorgenommen. Die Leute wurden nur veretzt und zwangsbeurlaubt.

Der Raum V R 23 war erst seit einigen Jahren in Betrieb genommen worden. Es war der größte und am modernsten eingerichtete Raum in der Fabrik. Aber auch der gesundheits-schädlichste und derjenige, in welchem die moderne Antreiberei am schlimmsten wütete. Schon bald nach seiner Inbetriebnahme nannten ihn die Arbeiter den Invalidendom. Einmal, weil sein Stahlgerippe hoch und mächtig eine weiße Flucht Boden überpannte, und weil dort durch gesundheits-schädliche Gifte und brutale Arbeitsmethoden die Arbeiter zu vorzeitiger Invalidität verurteilt wurden. Die gesamte Belegschaft erhielt Milch aus der Arbeiterküche. Trotzdem wechselten die Leute dauernd. Manche hielten es noch nicht einen Monat darin aus, wurden magenkrank oder bekamen schwer heilende und unerträglich juckende Hautausschläge. Wer einen solchen um sich treffenden Hautauschlag an sich hatte, der war eigentlich gut daran. Die anderen, deren Haut immun gegen diese Gifte war, blieben so lange, bis sie innerlich kaputt waren.

Die technische Einrichtung war auf größtmögliche Ausnutzung von Material, Maschine und Mensch eingestellt. In riesigen Druck- und Schmelzkefeln, die fünfzigtausend und mehr Liter faßten, wurde durch ungeheure und kompliziert eingebaute Rührwerke die Flüssigkeit durcheinandergeschlagen. In und um die Kessel herum, kreuz und quer, zu den Büfeten und Reservoiren, von da zu den Pressen und Abläufen, lief wie ein Spinnwebgewebe ein Rohrohr aus Eisen und säurebeständigen Steinen. Dazwischen waren Kühlanlagen und Abzugsröhren eingebaut, durch welche die giftigen Gase und Dünste abgeleitet wurden, welches jedoch trotz aller Sorgfalt nie ganz gelang. Das Eis wurde nicht mehr von Arbeitern eingezäut. Dafür war ein besonderer Transportschacht einmontiert, durch den es mit Prelluft in die Kessel gedrückt wurde. Ebenso wurden die anderen Rohstoffe auf Bändern herbeigeschafft.

Der Betrieb arbeitete Tag und Nacht. Die Arbeiter hatten alle Wechselshift. Mehrere tausend Kilogramm fertige Farben verließen täglich, teils flüssig, teils trocken, den Raum V R 23. Und trotzdem sah man während der Schicht nur wenig Leute. Raum hundert waren in dem riesigen Betriebe beschäftigt. Die Hauptarbeit leisteten die Maschinen. Kein Mensch hätte geglaubt, daß solche bunten, wackelnden und lichtbeständigen Farben durch chemische Reaktion von allen möglichen Substanzen mit einer widerlich stinkenden, scharf ätzenden und gesundheits-schädlichen Flüssigkeit gewonnen wurden. Diese Flüssigkeit, von allen gefürchtet und gemieden, nannte der Chemiker Chlorschwefel. Freilich wurden in V R 23 auch noch andere Chemikalien und Gifte verarbeitet, die ebenso gefährlich waren und infernalische Gerüche verarbeiteten. Die Arbeiter mußten äußerst vorsichtig sein. Manche Giftdämpfe entwickelten farb- oder geruchlose Gase, andere waren so gefährlich, daß Bruchteile genügten, um Störungen im menschlichen Organismus hervorzurufen. Aber man konnte sich doch gegen sie mehr schützen als gegen die Dünste der Chlorschwefel-Zwischenprodukte. Jede freie Hautpartie des Körpers begann unter ihrer Einwirkung so unerträglich zu jucken, als ob sie mit tausend haarfeinen Nadeln durchstochen würde. Später bildeten sich dann eiferige und schmerzende Geschwüre, die immer weiter um sich fraßen und schwer heilten. Da half kein Arzneimittel und nichts; der Mann mußte einfach aus dem Raum, in die frische Luft. Wer aber nicht haufrank wurde, blieb schon wegen der Prämien so lange, bis seine inneren Organe kaputt waren. Dann befahl ihn irgendeine Krankheit, von der er sich nie mehr ganz erholte.

(Fortsetzung folgt.)

Humoristische Ecke.

Aus der Schule.

Lehrer (den Kleinen das Messer erklärend): „Nun, Kinder, welches ist also der wichtigste Teil des Messers?“ Die Kinder schweigen. „Nun, welchen Teil des Taschenmessers benutzt denn euer Vater am meisten?“ Karl: „Den Korkenzieher, Herr Lehrer.“